

Wir vertrauen darauf, dass unser neuer Präsident uns auch ohne Sondersession hervorragend durch die Geschäfte des nächsten Jahres bringt, und beantragen Ihnen, auf eine Sondersession zu verzichten.

Zbinden Paul: Die CVP-Fraktion möchte dieser Sondersession zustimmen, und zwar im zeitlich gekürzten Rahmen von zwei Tagen. Es ist eigentlich wie eine mittlere Kommissionssitzung, mit dem Unterschied, dass wir im Gesamtrat unsere Geschäfte beraten können.

Die Geschäftslast ist gross, und die Rückstände – das sehen wir in der Fraktionspräsidentenkonferenz – werden immer grösser. Die Zahl der Geschäfte, die jetzt schon in den Kommissionen beraten, aber noch nicht im Rat traktandiert sind, steigt, und bis im März werden neue Geschäfte reif. Es geht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch um die Glaubwürdigkeit unseres Rates, um die Effizienz unserer Ratsarbeiten.

Die Fraktionspräsidenten und eine grosse Mehrheit der CVP-Fraktion sind für diese Sondersession und tragen mit dem Ratspräsidenten diese Verantwortung. Wir haben hier unsere Aufgabe zu erfüllen.

Erlauben Sie mir einen persönlichen Appell an unsere Kolleginnen und Kollegen, vielleicht etwas mehr Zurückhaltung in der Beanspruchung dieses Pultes und in der Lust zur Einreichung von Vorstössen, insbesondere von parlamentarischen Initiativen, zu entwickeln. Nur so können wir in den ordentlichen Sessionen unsere Geschäftslast bewältigen. Wir beantragen Ihnen, dieser Sondersession zuzustimmen.

Widmer, Berichterstatter: Die Konferenz der Fraktionspräsidenten hat mich beauftragt, diesen selbstverständlich eher unpopulären Antrag hier doch zu erläutern für den Fall, dass ein Gegenantrag gestellt würde.

Herr Bremi, es tut mir leid, dass ich gewissermassen in Ihrem Auftrag gegen Ihren Antrag zu sprechen habe.

Die Situation ist völlig klar. Wir sind mit der Erledigung der Geschäfte in einem nachgerade dramatischen Rückstand. Das gilt für die Sachgeschäfte. Ein gutes Dutzend grosser Sachgeschäfte ist schon lange verhandlungsbereit. Und das gilt noch mehr für die sogenannten persönlichen Vorstösse: Hier haben wir einen Punkt erreicht, an dem man eigentlich nur noch hoffen kann, dass die Öffentlichkeit nicht realisiert, in welcher Lage wir sind: sie gehen jeweils im Eilt-empo, am letzten Sessionstag, hier über die Bühne; ein sehr grosser Teil dieser persönlichen Vorstösse verschwindet bekanntlich nach zwei Jahren einfach, weil er dieser sogenannten Guillotine zum Opfer fällt. Das ist natürlich ein untragbarer Zustand.

Noch kurz zu den Argumenten von Herrn Bremi:

1. Wenn er sagt, man würde mit einer Sondersession die Kommissionsverhandlungen ins Plenum tragen, ist dem entgegenzuhalten: Dass hier jeweils nochmals Kommissionsberatungen durchgeführt werden, hat seinen Grund im Charakter einzelner Redner – sie haben das unstillbare Bedürfnis, das zu wiederholen, was sie schon in der Kommission vorgebracht haben –; es liegt nicht an einer Sondersession.

2. Zum anderen Argument von Herrn Bremi, zur Forderung nach grösserer zeitlicher Distanz: Es wurde im Mai 1988 angekündigt, im Januar oder Februar 1989 werde eine Sondersession stattfinden. Es noch früher anzukündigen, ist technisch einfach nicht möglich und wäre sicher eine Illusion.

Zum Schluss: Wenn Sie den Antrag der Fraktionspräsidenten ablehnen, so lösen Sie das Problem nicht, sondern schieben es einfach vor sich her, und Sie müssen zu einem Zeitpunkt, der Ihnen vielleicht noch weniger passt, eine Sondersession durchführen.

Ich bitte Sie im Namen der Fraktionspräsidenten und im Interesse des Ansehens unseres Parlaments, dieser Sondersession zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag	109 Stimmen
der Fraktionspräsidentenkonferenz	
Dagegen	39 Stimmen

88.015

Rüstungsprogramm 1988 Programme d'armement 1988

Botschaft und Beschlussentwurf vom 24. Februar 1988 (BBI II, 13)
Message et projet d'arrêté du 24 février 1988 (FF II, 12)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Präsident: Ich stelle Ihnen den Antrag, die Diskussion, die Sie seinerzeit zur Interpellation Loretan beschlossen haben, ebenfalls in der Eintretensdebatte zu führen. – Sie sind damit einverstanden.

In bezug auf den Minderheitsantrag Hubacher, der ausgeteilt worden ist, stelle ich Ihnen ebenfalls den Antrag, die Begründung und die Diskussion im Rahmen des Eintretens zu führen. Wir können damit etwas Zeit einsparen.

Herr Hubacher ist mit diesem Vorgehen einverstanden. Ein anderer Antrag ist nicht gestellt. Sie haben so beschlossen.

Wyss Paul, Berichterstatter: Das diesjährige Rüstungsprogramm liegt innerhalb der im Ausbauschrift 88/91 vorgesehenen Anschaffungen. Wir sind dieses Jahr Zweitrat. Der Ständerat hat die Vorlage mit 43 zu 0 Stimmen einstimmig genehmigt. Ich verzichte darauf, sämtliche Beschaffungsvorhaben zu erläutern, und beschränke mich auf diejenigen, die in der Kommission zu wesentlichen Diskussionen Anlass gegeben haben.

Der grösste Kredit innerhalb dieses Rüstungsprogramms, nämlich 472 Millionen Franken, wird für die Kampfwertsteigerung von 195 Panzern 68 beantragt. Verschiedene Ratskollegen können sich an den Sommer 1979 erinnern, als ein Teil der Militärkommission auf die Ferien verzichtete und in grosser Arbeit die offensichtlichen Mängel am Panzer 68 analysierte. Die Militärkommission formulierte damals verschiedene Empfehlungen. Eine davon sei hier besonders erwähnt. Ich zitiere: «Ein Programm zur Steigerung der Kampfkraft der Panzer 68 ist so rasch als möglich in ein Rüstungsprogramm aufzunehmen. Begründung: Infolge der Mängelbehebung wurde die Kampfkraftsteigerung vernachlässigt. Das militärische Bedürfnis für Verbesserungen ist unbestritten.»

Das heute zur Diskussion stehende Kampfwertsteigerungsprogramm beschränkt sich – weil noch andere Wünsche angebracht worden waren, z. B. bessere Panzerung usw. – auf folgende Punkte:

1. Feuerleitanlage
2. Brandunterdrückungsanlage
3. verbesserte Kommandantenkuppel
4. verbesserter Oberflächenschutz
5. neue Nebelwerfer.

Der grösste Teil des Kredits wird für den Einbau einer Feuerleitanlage beansprucht. Damit wird eines der drei Hauptelemente des Panzers, nämlich die Feuerkraft, wesentlich verstärkt. Auf eine Verbesserung der zwei anderen Elemente, Beweglichkeit und Schutz, wird weitgehend verzichtet. Mit einer Feuerleitanlage kann der Panzer rascher schießen und besser treffen.

Heute müssen Kommandant und Richter für jedes Ziel verschiedene Manipulationen vornehmen, bevor der Schuss abgegeben werden kann. Solange der Panzer fährt, ist ein Anrichten praktisch unmöglich, weil infolge der oft heftigen Bewegungen des eigenen Panzers das Ziel nie lange genug im Visier bleibt. Zudem ist es schwierig, einen fahrenden Panzer zu treffen, weil dessen Geschwindigkeit von Auge geschätzt und die Kanone mit entsprechendem Vorbehalt abgefeuert werden muss. Die vorgesehene Feuerleitanlage übernimmt alle diese Arbeiten. Deshalb kann mit der Feuerleitanlage in kurzer Zeit, nachdem ein Ziel erkannt worden ist, der Schuss abgegeben werden, und die Wahrscheinlichkeit mit dem ersten Schuss zu treffen, wird beträchtlich erhöht. Im Kampf Panzer gegen Panzer ist dies entscheidend. Laut Angaben des EMD wird die Reaktionszeit durch die Feuerleitanlage von heute 15 bis 25 Sekunden auf 8 bis 10 Sekunden verkürzt und die Ersttrefferwahrscheinlichkeit auf 90 Prozent verdoppelt.

Wir haben an einer Demonstration am Hinterrhein eindrücklich gesehen, wie positiv sich diese Kampfwertsteigerung auswirkt. Dass nur die Hälfte der 390 zur Verfügung stehenden Panzer 68 im Kampfwert gesteigert wird, kommt davon, dass in den sechs Felddivisionen je ein Gegenschlagsverband und ein Panzerabwehrverband gebildet werden. Die 195 umgerüsteten Panzer sind für Gegenschlagsverbände vorgesehen, weil hier die Erstschusstrefferwahrscheinlichkeit eine entscheidende Bedeutung hat.

In der Militärkommission wurde von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, auf die Kampfwertsteigerung des Panzers 68 zu verzichten. Mit 14 gegen 5 Stimmen hat Ihre Kommission diesen Antrag abgelehnt. Entsprechend liegt Ihnen heute ein Minderheitsantrag vor. Ich will Herrn Hubacher die Begründung nicht vorwegnehmen, aber doch kurz festhalten, dass von verschiedenster Seite der Kommissionsmitglieder, aber auch seitens der EMD-Vertreter, gesagt wurde, die Truppe sei dem heutigen Panzer 68 gegenüber positiv eingestellt, nachdem die Mängel behoben worden seien; auch die Pannenstatistik sei gut.

In der Kommission wurde vom selben Sprecher gefordert, statt der Kampfwertsteigerung der Panzer 68 sei die infantenistische Panzerabwehr auf Stufe Kompanie zu verstärken. Es stimmt, dass das Raketenrohr durch eine leistungsfähige Panzerabwehrwaffe ersetzt werden muss. In diesem Bereich haben alle Länder die gleichen Probleme. Es ist technisch fast unmöglich, eine Waffe herzustellen, die ein Mann allein tragen kann, die aber dennoch genügend Sprengstoff genügend weit ins Ziel bringen kann. Dieses Problem kann nur mit einer hohen Anfangsgeschwindigkeit gelöst werden. Eine hohe Anfangsgeschwindigkeit erfordert aber eine schwerere Waffe. Die Leistung der 8,3-Rohrpanzergranate 59 wurde mit dem Rüstungsprogramm 82 erheblich verbessert. In den nächsten Jahren sollte – das wurde uns versichert – eine leichte Panzerabwehrwaffe beschafft werden können, mit welcher das Raketenrohr ersetzt werden kann: die deutsche Panzerfaust 3, die im Vordergrund der Evaluation steht.

Die Militärkommission erwartet, dass diese Beschaffung, die auch im Ausbauschnitt 88/91 vorgesehen ist, zügig vorangetrieben wird.

Mit einem Verzicht auf die Kampfwertsteigerung des Panzer 68 können aber die bestehenden Probleme der Panzerabwehr auf Stufe Kompanie nicht schneller gelöst werden, weil auch eine verbesserte infantenistische Panzerabwehr – sie wurde in den letzten Jahren durch die Einführung des Dragon und des Tow/Piranha wesentlich verstärkt – die Panzerkanone nicht ersetzen kann. Die deutsche Panzerfaust 3, die noch nicht vollständig evaluiert ist, hat höchstens auf 300 Meter eine optimale Wirkung.

Auch bei der Beschaffung von Panzerhaubitzen für die Bildung von sechs Panzerhaubitzen-Abteilungen gab es eine längere Diskussion. Die Panzerhaubitze M 109 wurde erstmals vor 20 Jahren beschafft. Weitere Serien wurden 1974 und 1979 gekauft. Die Panzerhaubitze hat sich ausserordentlich gut bewährt. Die Pläne für eine schweizerische Panzerkanone mit grösserer Reichweite als die Haubitze

konnten nicht realisiert werden. Deshalb ist es sinnvoll, weitere schwere Kanonenabteilungen auf Panzerhaubitzen umzurüsten.

Die Typenwahl gab in der Kommission zu keinen Bemerkungen Anlass. Hingegen wurde die Preisentwicklung seit 1968 eingehend diskutiert, eine Diskussion, die übrigens schon bei der Beschaffung der dritten Serie 1979 stattgefunden hat. Gegenüber 1979 betragen die Mehrkosten 55 Prozent, eine Zunahme, die aufgrund der Teuerung in den USA und der Entwicklung des Dollarkurses gerechtfertigt ist. Wenn man die Panzerhaubitzen bei der amerikanischen Regierung kaufen würde, wie das früher der Fall war, und nicht beim Hersteller selbst, wäre die Kostensteigerung 90 Prozent.

Gesamthaft beantragt Ihnen die Militärkommission mit 14 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung, dem Rüstungsprogramm zuzustimmen und die Kredite gemäss Beschluss des Ständerates und Antrag des Bundesrates zu bewilligen.

M. Leuba, rapporteur: Le programme d'armement 1988 est le premier de l'étape de réalisation 1988-1991 du Plan directeur de l'armée. Comme l'a fait le président de la commission, je renoncerais à mentionner ici l'ensemble des acquisitions qui sont prévues et que vous trouvez résumées en page 2 du message, pour me limiter aux questions qui ont fait l'objet de discussions au sein de la commission. Ce sont d'ailleurs celles qui touchent en principe aux plus gros crédits demandés.

Je rappelle pour la bonne règle que le Conseil des Etats qui a traité cet objet lors de la session de juin 1988 a adopté l'arrêté fédéral par 43 voix sans opposition.

Amélioration de 195 chars 68.

Le plus gros crédit du programme d'armement 1988, soit 472 millions, est destiné à l'amélioration de 195 chars 68. Notre armée possède 390 chars de type 68/75. Ce char de conception et de fabrication suisses a déjà fait l'objet de plusieurs discussions devant notre Conseil. Chacun se souvient des critiques assez virulentes émises contre ce char, provenant notamment des utilisateurs, à la fin des années 70.

En 1979, la Commission des affaires militaires formulait notamment la recommandation d'établir aussi rapidement que possible un programme tendant à l'amélioration de la force combative du char 68 et à l'inclure dans le programme d'armement. Ce programme d'amélioration a été entrepris de 1979 à la fin de 1984. Aujourd'hui, selon les renseignements recueillis, le char 68 donne entière satisfaction à la troupe et aux organes d'entretien.

L'amélioration pour laquelle un nouveau crédit de 472 millions est demandé aujourd'hui, touche les éléments suivants: système de conduite du feu, dispositif anti-feu atomique, amélioration de la coupole du commandant, protection de la surface, y compris peinture de camouflage, installation de mortiers nébulogènes, installation de chauffage diesel, remplacement des réservoirs de carburant en acier par des réservoirs en plastique plus légers, montage de 25 grandes tourelles, pour atteindre l'effectif de 195 chars équipés de manière semblable, ce qui est de nature à faciliter l'instruction et l'entretien.

Ce qu'il faut comprendre dans cette opération, c'est que nos six divisions de campagne auxquelles sont destinés les chars améliorés comprendront dorénavant deux types de bataillons de chars soit, une formation de riposte constituée par les chars améliorés et une formation de défense anti-chars constituée par les chars 68 non modifiés.

La question s'est posée devant la commission de savoir s'il n'aurait pas été plus judicieux d'attribuer aux divisions de campagne, pour leur formation de riposte, les chars les plus modernes soit, les Leopard 2. A cela on peut répondre que les divisions mécanisées tout entières constituent les éléments de riposte de l'armée et qu'elles doivent être elles aussi et au premier chef, dotées des armes les plus capables d'obtenir une décision rapide sur le terrain par la concentration des feux et des mouvements.

La question s'est aussi posée de savoir, plutôt que de chercher à améliorer les chars 68 dont la conception remonte indiscutablement aux années 60 – et cela ne peut pas être changé – s'il ne conviendrait pas de compléter notre armement par l'achat de chars Leopard 2 supplémentaires. Des considérations militaires s'opposent toutefois à une telle solution qui nous placerait devant l'alternative suivante: ou bien, pour doter tous les bataillons de riposte des divisions de campagne de chars Leopard, on achète environ 200 Leopard supplémentaires, ce qui entraînerait une dépense de l'ordre de 2 milliards 400 millions pour cette seule acquisition, ou bien on limite l'acquisition à 472 millions, ce qui ne permet de se procurer que 40 Leopard 2 environ, ce qui n'autoriserait même pas d'équiper deux divisions de campagne de bataillons de chars de riposte. Le premier terme de l'alternative doit être écarté pour des raisons financières, le second pour des raisons d'efficacité militaire. On ne doit pas perdre de vue, et cela a été rappelé à la commission, que les armées étrangères possèdent aussi des chars de la génération 1950-1960.

Je l'ai dit tout à l'heure, la principale amélioration touchera le système de conduite du feu. Aujourd'hui, pour différentes raisons, la visée du but à partir du mouvement du char est pratiquement impossible. En outre, il est aussi difficile de toucher un char ennemi en mouvement car sa vitesse doit être appréciée par le chef de char sans moyens électroniques. Le système de conduite du feu évitera ces inconvénients. Le coup pourra donc partir peu après que le but aura été désigné et la probabilité de toucher avec le premier coup sera considérablement améliorée. Dans le combat char contre char, cet élément est décisif.

A la Commission des affaires militaires, une proposition reprise aujourd'hui en plénum a été présentée, qui tend à retrancher ce crédit du programme d'armement 1988. Cette proposition a été écartée par 14 voix contre 5. Je reviendrai sur les motifs de la majorité de la commission après la discussion de la proposition Hubacher.

Une proposition a également été présentée de consacrer tout ou partie des montants ainsi économisés pour améliorer les armes antichars d'infanterie. Ni le Conseil fédéral ni la commission ne contestent la nécessité de cette amélioration, mais force est de constater que, actuellement, il n'y a pas sur le marché, en Suisse ou à l'étranger, d'arme antichar d'infanterie, c'est-à-dire à courte distance, qui allie la légèreté nécessaire pour qu'un homme puisse porter l'arme, à l'efficacité contre les blindages modernes, même dans le combat à courte distance. M. Koller, conseiller fédéral, nous a assurés que le renforcement de la puissance de feu antichar de l'infanterie à courte distance était une de ses préoccupations majeures et qu'elle faisait l'objet de l'attention soutenue du Conseil de la défense. On serait incomplet si on ne rappelait pas que l'introduction prochaine des Tow Piranha au niveau de la troupe, augmentera également la puissance de feu antichar de l'infanterie à moyenne distance.

Acquisition de matériel destiné à la formation de six groupes d'obusiers blindés.

La première série d'obusiers blindés M 109 nous a été livrée il y a vingt ans. Ces engins se sont montrés extraordinairement efficaces. Il convient aujourd'hui de compléter l'armement de notre artillerie en dotant les actuels groupes de canons lourds de cette arme.

Le choix des obusiers blindés n'a pas été contesté dans la commission. En revanche, le prix de l'unité, qui a augmenté de 55 pour cent depuis 1979, a donné lieu à un débat prolongé. Il y a lieu de remarquer que cette augmentation correspond à l'augmentation des prix aux Etats-Unis. Le fait que l'on se procure les obusiers blindés directement auprès du constructeur et non plus par l'intermédiaire du gouvernement, comme c'était le cas antérieurement, permet d'éviter une hausse qui serait alors de 90 pour cent.

Acquisition d'obus-cargo.

Ce projet n'a pas été contesté. On s'est simplement demandé en commission si les douilles devaient vraiment être construites par la Fabrique fédérale de munitions à

Altdorf, ce qui entraîne une augmentation de prix de 13 millions. Une proposition de renoncer à cette fabrication sous licence a été repoussée par 11 voix contre 4.

Acquisition de mines antichars 88.

Il s'agit de mines de la plus récente génération qui ne peuvent plus être désarmées durant le laps de temps pour lequel elles sont programmées. Il a été précisé à la commission que, si ce laps de temps doit être déterminé à la commande, une fois le temps écoulé, les mines peuvent être réarmées par la troupe.

Les autres objets du programme d'armement n'ont pas donné lieu à discussion en commission. En conclusion, la Commission des affaires militaires vous recommande, par 14 voix contre 4 et une abstention, d'approuver le programme d'armement 1988 et les crédits y afférents, conformément à la décision du Conseil des Etats et à la proposition du Conseil fédéral.

Hubacher, Sprecher der Minderheit: Rückweisungsanträge bei Militärkrediten haben in diesem Saal immer noch etwas den Hauch des Ungewöhnlichen, für viele auch des Unstatthaften. Da das Parlament aber keine besetzte militärische Zone, sondern das «hohe Haus» der Volksvertretung ist, begründe ich im Namen der Mehrheit unserer Fraktion den Rückweisungsantrag «Kampfwertsteigerung Panzer 68».

Ich darf daran erinnern, dass im April 1987 fast 41 Prozent der Stimmenden der Initiative «Rüstungsreferendum» zugestimmt haben; fast 41 Prozent sind mit der abschliessenden Ausgabenkompetenz des Parlamentes für Rüstungskredite nicht mehr einverstanden, und es werden nicht weniger, die diese Meinung vertreten.

Die neueste Umfrage von Univox, einer sehr repräsentativen Institution, bei der fast zwei Dutzend wissenschaftliche Institute mitarbeiten, gibt Aufschluss. Diese neueste Umfrage über das Thema «Wie und wofür soll der Staat das Geld ausgeben?» wurde vom Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht der Hochschule St. Gallen und vom Forschungsinstitut der Gesellschaft für Sozialpolitik durchgeführt.

Auf die Frage «Wo soll der Staat eher weniger Geld ausgeben?» werden auf dem ersten Platz mit 67,5 Prozent die Autobahnen und an zweiter Stelle mit 60 Prozent die Landesverteidigung genannt.

Auf die Frage, wo der Staat mehr Geld ausgeben soll, stehen auf dem letzten Platz mit 2,9 Prozent die Landesverteidigung, auf dem ersten Platz die AHV- und IV-Renten mit 78 Prozent, auf dem zweiten Platz der Umweltschutz mit 63,5 Prozent, sogar für die Landwirtschaft votierten noch gute 22 Prozent. Das heisst: Ein Rückweisungsantrag in Militärbereichen gehört zur parlamentarischen Sorgfaltspflicht. Die Mehrheit dieses Parlamentes steht eher im Ruf, Militärkredite zu unkritisch zu akzeptieren. Wir Sozialdemokraten kommen dieser Sorgfaltspflicht nach.

Darf ich ein Wort zur Kommissionsberatung riskieren? Ich behaupte, und es wäre nachzuweisen: Ohne diesen Rückweisungsantrag von SP-Seite wäre in der Kommission das Geschäft wieder einmal in Rekordzeit abgeschlossen worden. Erst durch diesen Rückweisungsantrag hat eine eigentliche Diskussion, die diesen Namen verdient, begonnen. Erst dann sind auch Argumente ausgetauscht worden. Zu viele sind der Auffassung, das EMD plane an sich schon sehr sparsam, und man könne voll Vertrauen die Resultate, die aus dieser Planung herauskommen, akzeptieren. Das ist aber nach unserer Auffassung keine parlamentarische Haltung. Es gibt Beispiele genug, die beweisen, dass ein kritisches Parlament – auch und vor allem gegenüber Rüstungskrediten – sehr wichtig ist. Der Kredit für die Panzer «Leopard» ist immerhin um über 20 Prozent, d. h. um gute 900 Millionen Franken, gekürzt worden, nachdem die SP-Fraktion an einer Pressekonferenz Unterlagen aus Bonn über die dortigen Preise präsentieren konnte. Rüstungskredite verdienen grundsätzlich keine parlamentarische Schonbehandlung; wir sollten auch bei solchen Krediten sachlich diskutieren können und nicht immer die patriotische oder eben die unpatriotische Melodie spielen müssen.

Die Mehrheit unserer Fraktion ist daher der Meinung, die 472 Millionen Franken für die Kampfwertsteigerung Panzer 68 seien abzulehnen. Dieser Antrag ist selbstverständlich zu begründen. Erste Priorität: Man kann diese 472 Millionen schlicht und einfach einsparen. «Sparen» ist ja hier und vor allem bei bürgerlichen Parteien und Politikern ein bekanntes und beliebtes Wort. Man kann diese Mittel statt für die Kampfwertsteigerung auch anderweitig einsetzen, z. B. für den Umweltschutz, die Ausbildung, die Forschung, den Sozialbereich oder wo immer.

Der Einwand, militärisch sei diese Streichung nicht zu verantworten, ist natürlich bereits in der Kommission erhoben worden und wird hier ganz bestimmt wiederholt werden. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass bürgerliche Parteien und Politiker plötzlich nicht mehr sparen möchten, hätten wir andere Prioritäten, also sozusagen eine Eventuallösung, d. h. wir könnten uns vorstellen, dass dieses Geld – wenn es schon für Rüstungsausgaben eingesetzt werden muss – effizienter ausgegeben werden könnte.

Nun wäre hier eigentlich die Leidensgeschichte des Panzers 68 zu erzählen. Ich kann das nur in Stichworten tun. Ausgangsjahr ist 1968. Damals hat das EMD der schweizerischen Industrie zugesichert, die Industrie könne Panzerhaubitzen fabrizieren. Das EMD hat später plötzlich gesagt: Nein, wir kaufen diese Panzerhaubitzen in den USA; jene, die wir jetzt zur vierten Serie in der Rüstungsbotschaft wiederfinden. Darauf ist der Industrie ein Kompensationsgeschäft angeboten worden. Im «Tempo Teufel» sind Pläne aus den fünfziger Jahren hervorgeholt und ist ein Kreditbegehren für den Panzer 68 als Kompensation für die nicht fabrizierbaren Panzerhaubitzen vorgelegt worden.

Der damalige EMD-Vorsteher, Nello Celio, hat diesen Antrag am 13. Juni 1968 u. a. begründet: «Je voudrais seulement ajouter, qu'il y a d'autres arguments pour l'urgence de la commande de ce char. Ce n'est pas une nécessité militaire, c'est une nécessité industrielle.» Das heisst – Herr Celio hat es damals ganz deutlich gesagt –, eigentlich wollte die Armee keine Panzer 68, aber die Wirtschaft wollte Aufträge nach dem Motto: Das Kapital war schon immer scharf auf Nullen.

Dann begann mit diesem Panzer die Leidensgeschichte. Zuerst ist er von der zuständigen Panzerkommission als kriegsuntauglich bezeichnet worden; dann hat der zuständige Waffenchef die Annahme dieser Panzer verweigert; dann ist hier eine Untersuchung durch den Nationalrat durchgeführt worden. Es war ein Skandal. Dutzende von Mängeln sind festgestellt und behoben worden. Die fabrikenen Panzer mussten mit weiteren 90 Millionen Franken zumindest einsatzfähig gemacht werden.

Jetzt kommt die Kampfwertsteigerung mit nochmals 2,42 Millionen Franken pro Panzer. Wir meinen: Das ist nicht zu verantworten. Es war ein bürgerliches Kommissionsmitglied, das erklärt hat, der Panzer 68 sei «eine lahme Ente». Das ist wahrscheinlich gar nicht so falsch. Man kann sich fragen: Was wäre dann die Alternative? Was könnte – wenn Sie die 472 Millionen Franken nicht sparen möchten – sonst für die Armee beschafft werden? Ich erwähne nur zwei Alternativen: Panzerabwehr oder Abwehrraketen.

Die Panzerabwehr auf Kompaniestufe – das ist unbestritten – liegt sehr im argen. Die Panzerabwehr war immer ein Stiefkind. Schon 1956, nach dem Ungarn-Aufstand, ist hier – ausgelöst durch die Offiziersgesellschaft Basel – ein Sofortprogramm für Panzerabwehr beschlossen worden. Es gibt einen Bericht des Generalstabschefs von 1976: Priorität neues Raketenrohr. Es gibt einen Bericht einer Arbeitsgemeinschaft EMD-Industrie 1983: die Panzerabwehr auf Stufe Kompanie sei dringend. Es gibt den Ausbauschrift 1988-91; diese Forderung wird wiederholt. Sie wird seit vielen, vielen Jahren wiederholt.

Die real existierende Wirklichkeit ist, dass das sogenannte Raketenrohr für den gewöhnlichen Infanteriesoldaten längst nicht mehr den heutigen Anforderungen genügt. Wir haben letztes Jahr einen Truppenbesuch gemacht. Vom Divisionär bis zum Soldaten ist die Frage «Ist dieses Rakrohr noch

kampftüchtig, noch einsatzfähig?» übereinstimmend mit Nein beantwortet worden. Für den Ernstfall taugt diese Waffe nicht mehr viel.

Es geht nicht an, einen Panzer mit einer derart schlechten Geschichte, aus dem sicher mehr geworden ist, als seinerzeit erwartet werden konnte, so teuer aufzumöbeln. Er ist nicht mehr kriegsuntauglich, aber er ist auch kein Wunderpanzer. Es ist also nicht zu verantworten, wenn auf der untersten Stufe die Panzerabwehr derart hinfällig ist, dass dann pro Panzer 68 weitere 2,4 Millionen Franken investiert werden sollten.

Eine andere Alternative wären bekanntlich die berühmten Abwehrraketen Stinger, die in Afghanistan so Furore gemacht haben. Die Kosten betragen nach Auskunft des Verteidigungsministeriums in Bonn 100 000 DM. Bleiben wir bei dieser Relation. Für diesen Kredit könnten Sie 472 dieser Raketen kaufen. Sie könnten 31 500 Panzerabwehrraketen Tow kaufen, das Stück für 15 000 DM. Wir meinen: Wenn Sie schon dieses Geld ausgeben möchten, ist es sicher nicht optimal investiert in Panzer 68. Auch der Divisionär und ETH-Dozent Stutz hat schon oft in Publikationen beklagt, dass zu stark für technisierte und mechanisierte Truppen und zu wenig in die Infanterie investiert werde.

Ich fasse zusammen: Wir meinen schlicht und einfach, Sie können diesen Kredit einsparen. 472 Millionen Franken sind auch im Jahre 1988 für die Eidgenossenschaft kein Pappentstiel. Oder Sie können das Geld besser, effizienter, mit einem höheren Kosten-Nutzen-Verhältnis investieren. Wir können dafür mehr Gegenwert an Kampfwertsteigerung bekommen, als wenn Sie diese Millionen in den Panzer 68 investieren.

Ich darf zum Schluss wiederholen: Die SP-Fraktion lehnt diesen Panzer-Notstandskredit ab. Ich kann den ehemaligen Generalstabschef Jörg Zumstein zitieren, der gemäss «Tages-Anzeiger» vom 1. November 1984 an einem Seminar u. a. erklärte: «Entscheidend ist nicht, ob die Schweiz 300 oder 350 Flugzeuge, 390 oder weniger neue Panzer besitzt. Indessen muss der Verteidigungswille, überhaupt das Engagement für nichtmaterielle Ziele und auch für eine ausgereifte und risikobereite Friedenspolitik, glaubhaft sein.» Ich war noch selten so einig mit Herrn Zumstein wie dieses Mal.

Ich bitte Sie, dem Antrag, die 472 Millionen Franken zu streichen, zuzustimmen.

Oester: Ein Rüstungsprogramm dieser Statur ist unseres Erachtens nicht nur waffentechnisch zu beurteilen. Es muss auch in einem grösseren Zusammenhang gesehen werden, und zwar in vierfacher Hinsicht: sicherheits- und rüstungspolitisch, finanzpolitisch, ausbildungspolitisch und umweltpolitisch. Ich werde mich im folgenden bemühen, diese Bezüge kurz herzustellen, während sich unser Fraktionschef, Herr Widmer, als wohl bester Kenner der Materie, mit der vorgeschlagenen Kampfwertsteigerung von 195 Panzern 68 auseinandersetzen wird.

Die LdU/EVP-Fraktion stimmt dem Rüstungsprogramm 88 ohne Gegenstimme, jedoch bei einigen Enthaltungen, zu. Bei der Beurteilung der sicherheits- und rüstungspolitischen Aspekte der Vorlage gehen wir davon aus, dass die Beschaffung von Waffen, Geräten und Fahrzeugen für die Armee eine angemessene Reaktion auf die bestehende und mittelfristig erkennbare Bedrohungslage sein soll.

In unserer Fraktion ist mit allem Nachdruck darauf hingewiesen worden, dass neben der militärischen Bedrohung durch die ungeheuren Waffenpotentiale, die sich in Europa gegenüberstehen, eine andere, innere Bedrohung besteht, die ebenso ernst zu nehmen ist. Die Stichworte Waldsterben, Bodenvergiftung, Klimakatastrophe, Ausrottung ganzer Pflanzen- und Tierarten – kurz: die Zerstörung unseres Lebensraumes – mögen genügen. In diesem Bereich sind oder wären ebenfalls grosse Anstrengungen, wie wir sie schon seit vielen Jahren gefordert haben, notwendig.

Das heisst aber nicht, dass wir die Anstrengungen für die militärische Landesverteidigung als sekundär oder gar

unnötig einstufen. Wir sind angesichts der heutigen Lage vielmehr zur Erkenntnis gelangt, dass es in zweifacher Hinsicht gilt, das eine zu tun und das andere nicht zu unterlassen, das heisst, eine Doppelstrategie zu verfolgen. Den beträchtlichen Anstrengungen für die Landesverteidigung sind nach innen griffige Massnahmen der Lebensverteidigung und nach aussen überzeugende Anstrengungen im Rahmen einer aktiven friedensfördernden Aussenpolitik zur Seite zu stellen. Wir begrüssen deshalb ausdrücklich das vom Bundesrat vor den Sommerferien beschlossene erste Paket von Massnahmen, mit denen die Beteiligung der Schweiz an friedenserhaltenden Aktionen der Uno ausgebaut werden soll. Alle Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, Konfliktpotential abzubauen und bestehende Konflikte ohne Gewalt durch Verhandlungen und Schaffung von Vertrauen zu lösen, verdienen unsere überzeugte Unterstützung, ebenso wie die Massnahmen zugunsten einer glaubwürdigen Landesverteidigung.

Zur rüstungspolitischen Seite der Vorlage stellen wir fest, dass sie die erste Etappe im Rahmen des Ausbauschnittes 88-91 darstellt und dass die Grundlagen dieses Ausbauschnitts – Bedrohungslage, militärische Bedürfnisse im weitesten Sinn, finanzieller Rahmen und Umweltsituation – letztes Jahr in den Militärkommissionen ausführlich begründet und erörtert worden sind. Die Armee soll reaktionsschneller werden und eine wirksamere Panzerabwehr erhalten; Herr Hubacher hat soeben darauf hingewiesen. Das ist angesichts der waffentechnischen Entwicklungen und der Möglichkeiten der elektronischen Kriegführung unerlässlich. Das diesjährige Rüstungsprogramm ist ein Schritt zur Verwirklichung dieser Ziele.

Zur schwergewichtigen finanziellen Seite der Botschaft stellen wir fest, dass sich das Rüstungsprogramm 88 innerhalb des vorgegebenen Finanzrahmens bewegt und Bestandteil der von den Räten gutgeheissenen Legislaturfinanzplanung ist. Es ist keine Ausweitung der Ausgaben für die Landesverteidigung etwa in dem Sinne vorgesehen, dass künftig – wie von gewisser Seite gefordert – 2,5 statt 2 Prozent des Brutto-sozialproduktes aufgewendet werden sollen. Auch der Anteil der Militärausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes wird weiterhin um die 20 Prozent betragen, während der Anteil in den fünfziger und sechziger Jahren noch wesentlich höher lag, 1950 beispielsweise bei gut 37 Prozent. Wir stellen im weiteren fest, dass die für Forschung, Entwicklung und Versuche, für persönliche Ausrüstungen und Erneuerungsbedarf sowie für Rüstungsmaterial und Bauten vorgesehenen Aufwendungen dieser Legislaturperiode um 385 Millionen Franken korrigiert werden sollen. Damit wird das Versprechen, die Mehrausgaben beim Panzer Leo 2 würden voll kompensiert, ohne Abstriche eingelöst.

Abstriche müssen dagegen seit einiger Zeit im Bereich der Ausbildung gemacht werden, weil das leidige alte Instruktorproblem bisher nicht in befriedigender Weise gelöst werden konnte. Das ist bedauerlich, weil es mit dem Kauf der Waffen und Geräte nicht getan ist. Diese erbringen nur dann die von ihnen erwarteten Leistungen, wenn eine kriegsgenügende Ausbildung der Truppe gewährleistet ist. Das da und dort bestehende Ausbildungsdefizit muss rasch behoben werden. Die vom Bundesrat und vom Ausbildungschef bereits getroffenen, eingeleiteten und geplanten Massnahmen zur Verbesserung der Instruktorausbildung und zur Behebung des akuten Instruktorproblems sind deshalb mit Nachdruck zu unterstützen. Gelegenheit dazu werden wir bereits im Rahmen der Budgetdebatte erhalten.

Ein letztes Wort noch zur beantragten Beschaffung geländegängiger Personenwagen. Nicht die etwas turbulente Vorgeschichte soll hier aufgewärmt, sondern die Tatsache gewürdigt werden, dass die Schweizer Armee als erste solche Fahrzeuge trotz beträchtlicher Kosten mit einem wirksamen Katalysator ausrüstet. Das freut uns deshalb besonders, weil es unser Fraktionskollege Andreas Müller-Aargau war, der in einem Postulat vom 20. Juni 1985 dem Bundesrat nahegelegt hat, mit dem guten Beispiel voranzugehen und alle

Fahrzeuge des Bundes mit Katalysatoren ausrüsten zu lassen. Dass das nun wirklich geschieht, verdient Anerkennung!

Spälti: Es handelt sich beim vorliegenden Rüstungsprogramm nach Meinung unserer Fraktion um eine ausgewogene Vorlage, die verschiedene offensichtliche Bedürfnisse der Armee berücksichtigt. Insbesondere ist die Verstärkung der Artillerie mit Panzerhaubitzen – wo nicht unbedeutende Schwächen betreffend Wirkung und Einsatzdistanz der Kanonen bestehen – für ihre Feuerkraft von Bedeutung. Und von mindestens ebenso grosser Bedeutung für die Erhaltung der Kampfkraft der Armee – immer im Vergleich zu einem modernen Gegner – ist die Kampfwertsteigerung der Panzer 68. Sie ist aber auch, nachdem Herr Hubacher für diesen Teil des Rüstungsprogramms einen Ablehnungsantrag gestellt hat, zur «*pièce de résistance*» geworden. Wir sollten diese Frage der Kampfwertsteigerung als Sachfrage im Rahmen des Rüstungsprogramms behandeln.

Ich habe schon anlässlich der Ratsdebatte im Dezember 1984 über die Leo-2-Beschaffung erklärt – man kann das im Protokoll nachlesen –, dass nicht jeder, der mit dem seinerzeitigen Beschaffungsantrag Probleme hatte, etwa dem Kreis der Gegner der Landesverteidigung zugeordnet werden dürfe. Ich würde diese Aussage auch heute mit Bezug auf die Kampfwertsteigerung des Panzers 68 machen. Niemand verlangt hier eine geistige Achtungstellung, aber man muss von jenen, die sich gegen diese Kampfwertsteigerung wenden, verlangen, dass auch sie diese Diskussion sachlich führen und nicht mit Scheinargumenten fechten.

Es ist im Ablehnungsantrag darauf hingewiesen worden, die Ausgaben für die Landesverteidigung stünden bei Umfragen in der Bevölkerung nicht oben, sondern zuhinterst. Das ist auch gar nicht überraschend. Der frühere US-Aussenminister Kissinger hat zu Recht gesagt, es gebe nichts Schwierigeres, als in Zeiten des relativen Friedens das Gros der Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es eben nach wie vor eine starke Landesverteidigung brauche.

Nun ist es an sich schon eine verpflichtende Aufgabe, ein Vorhaben von 470 Millionen oder gut 20 Prozent des gesamten Rüstungsprogrammes 1988 genau zu überprüfen. Das verlangt die Sorgfaltspflicht des Parlamentes auch – und nicht zuletzt – gegenüber Rüstungskrediten. Die Sorgfaltspflicht erfüllen aber nicht jene, die mit zum Teil gezielt ausgewählten Zitaten und Daten ein Vorhaben in Frage stellen und ablehnen, sondern mindestens so sehr jene, die nach eingehender, kritischer und sachlicher Prüfung zu einem zustimmenden Entscheid kommen.

Es handelt sich beim beantragten Kampfwertsteigerungsprogramm letztlich um den Entscheid, ob man der Panzerwaffe, die im Kampf die grösste Hilfe des Infanteristen darstellt, jene Mittel zugestehen will, die ihr eine Chance gegen einen modern ausgerüsteten Gegner gewährleisten. Und in diesem Zusammenhang geht es immer wieder darum, auch bestehende ältere Waffen durch Verbesserung den Anforderungen des Gefechts anzupassen. Die Erhaltung der Kampfkraft der Panzerwaffe ist eine Sache, die notwendige Verstärkung der Panzerabwehr auf unterster Stufe eine andere. Hier aber zu behaupten, es sei in den vergangenen Jahren nichts getan worden, wäre wiederum eine dieser falschen Aussagen. Wir wissen, dass wir heute mit der Dragon, der modernen Lenkwaffe auf unterster Stufe, in allen infanteristischen Formationen doch eine wesentliche Verstärkung erreicht haben.

Nun behaupten die Kritiker des Kampfwertsteigerungsprogramms im wesentlichen, der Panzer 68 basiere auf einer falschen Grundkonzeption, es sei aus ihm nicht mehr ein vollwertiges Kampfmittel zu machen. Sie berufen sich dabei sehr gerne auf die Aussagen des damaligen Waffenchefs der Mechanisierten und Leichten Truppen, der auf die seinerzeitigen Mängel der ersten Serien des Panzers 68 aufmerksam machte. Sie vergessen aber oder erwähnen bewusst z. B. folgendes nicht: Es bestreitet heute niemand die Mängel der damaligen ersten Serien des Panzers 68, aber aufgrund

eines umfangreichen Mängelbehebungsprogrammes, welches der damalige Waffenchef Ende 1980 voll unterstützte, ist der Panzer 68 heute durchaus truppentauglich. Dafür liegen die entsprechenden Dokumente vor. Herr Hubacher hat in seinen Ausführungen ja selbst gesagt, die Mängel seien behoben worden.

Schliesslich vergessen sie, dass die vierte Serie des Panzers 68, welche nach der Feststellung der Mängel an den ersten Serien vorerst gestoppt wurde, aufgrund der positiven Werte des Mängelbehebungsprogrammes im Parlament genehmigt wurde, ohne dass ein Ablehnungsantrag vorgelegt worden wäre. Das heisst, dass wir heute mit dem Panzer 68 eine Waffe haben, die truppentauglich ist, was sowohl die Truppe selbst als auch die zuständigen Instanzen sowie die in diesem Zusammenhang oft zitierte Panzerkommission als beratendes Fachorgan bestätigen.

Schon früh, nämlich im November 1980, wies der damalige Waffenchef der MLT darauf hin, dass der Panzer 68, weil er noch lange Jahre im Einsatz stehen werde, später einer Kampfwertsteigerung unterzogen werden sollte. Und vor dieser Herausforderung befinden wir uns jetzt: Erstens muss ein Absinken der Kampfkraft der Panzerwaffe vermieden werden, auch – und nicht zuletzt – im Interesse der Panzerabwehr der Infanterie. Zweitens ist eine weitere Beschaffung von Leo 2 wohl kaum realistisch. (Eine solche Beschaffung wäre zwar allerdings eine Alternative zum Kampfwertsteigerungsprogramm des Panzers 68. Wer die Kampfkraft der Panzerwaffe erhalten will, das Kampfwertsteigerungsprogramm aber ablehnt, müsste eigentlich zu dieser – allerdings kostenmässig im Moment kaum vertretbaren – Lösung kommen.) Drittens können die Chancen des Panzers 68 im Gefecht mit vernünftigen Massnahmen erhöht werden.

Die Kampfwertsteigerungsmassnahmen zielen im wesentlichen auf eine Erhöhung des entscheidenden Faktors, nämlich der sogenannten Feuerkraft – d. h. simpel ausgedrückt: rascher schiessen, sicherer treffen im Gefecht –, sowie auf eine Erhöhung des Schutzgrades für die Panzerbesatzung ab. Zudem werden ja nur jene Panzer 68 dem Kampfwertsteigerungsprogramm unterzogen – praktisch die dritte und die vierte Serie –, die aufgrund ihres vorgesehenen Einsatzes im offenen Feld dem Gegner gegenüber treten müssen und so besonders auf eine kurze Reaktionszeit zwischen Zielerkennung und Schussabgabe angewiesen sind.

Schliesslich ist zu erwähnen, dass die Zahl der Panzer in den kommenden Jahren abnehmen wird, weil der Panzer 61 ausscheiden wird. Auch aus diesem Grund ist die Kampfwertsteigerung der letzten neuen Serien 68, d. h. die von 50 Prozent des Gesamtbestandes dieser Panzer, gerechtfertigt, führt sie doch zu einer qualitativen Verbesserung und Erhöhung der Chancen dieses Kampfmittels.

Es ist also durchaus das Ergebnis einer seriösen Durchleuchtung dieses Vorhabens, wenn man zum Schluss gelangt, die Kampfwertsteigerung für die neuen Panzer 68, welche aus der Ablieferung von 1978 bis 1984 stammen – also maximal zehn Jahre alt sind; nicht zwanzig, wie das heute in einer Zeitung stand –, sei gerechtfertigt.

Die FDP kommt deshalb einstimmig zum Schluss, das Rüstungsprogramm 88 sei in der vom Bundesrat vorgeschlagenen und von der Militärkommission des Nationalrates mit grosser Mehrheit empfohlenen Form, also mit dem Kampfwertsteigerungsprogramm für die Hälfte der Panzer 68, zu genehmigen und der Antrag von Herrn Hubacher sei abzulehnen.

Feigenwinter: Ich nehme im Namen der CVP-Fraktion zum Rüstungsprogramm Stellung. Zum Rüstungsprogramm ist unseres Erachtens angesichts der unter den Grossmächten in Diskussion stehenden Abrüstung eine Vorbemerkung notwendig.

Wir stehen vor dem Phänomen einer raumgreifenden Abrüstungseuphorie. Diese wird noch dadurch gesteigert, dass sich die aktuelle Kriegsgefahr zu einer potentiellen Gefahr zurückgebildet hat. Es macht heute vielen Leuten Mühe,

sich vorzustellen, dass wir je wieder in einen Krieg verwickelt werden könnten. Herr Hubacher hat heute dieser Stimmung Ausdruck gegeben. Es braucht wirklich die emotionslose Rückbesinnung auf die faktischen Gegebenheiten, um an der verfassungsmässigen Pflicht festzuhalten, dass unsere Neutralität sicherheitspolitisch effizient bleibt.

Weder das erzielte INF-Abkommen zwischen den beiden Grossmächten noch die breite Diskussion über Glasnost und Perestroika dürfen uns von der Ueberzeugung abbringen, dass allein eine starke, modern ausgerüstete Armee glaubwürdig ist und Dissuasionswirkung hat. Der Friede ist – leider, muss man sagen – noch keineswegs ausgebrochen. Zwischen den Grossmächten ist heute eine Diskussion im Gange, ob es sinnvoll ist, weiterhin ein unsinniges Aggressionspotential aufzubauen. Mit Hamlet müssten wir dieses Potential als Wahnsinn bezeichnen, als Wahnsinn mit Methode. Je schneller dieser Wahnsinn abgebaut wird, desto besser für die Menschheit.

Leider sind die Gespräche über die nukleare Abrüstung schon nach einem mageren Resultat wieder ins Stocken geraten. Es ist zu hoffen, dass die neue amerikanische Administration mit Präsident Bush sie wieder aufnimmt. Für die UdSSR stellt die Fortsetzung der Abrüstung weniger eine moralische als vielmehr eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Notwendigkeit dar. Das berechtigt zur Hoffnung, dass weitere Gespräche erfolgreich sein werden. Valentin Falin, persönlicher Berater von Gorbatschow, hat kürzlich in einem in Basel gehaltenen Vortrag die Notwendigkeit der Abrüstung beschworen. Er liess aber keinen Zweifel an der ebenso bestehenden Notwendigkeit, dass jeder Staat seine Verteidigungsbereitschaft erhalten dürfe und müsse.

Ziel der Abrüstung kann deshalb zweifelsohne nur sein, auf die Aggressionsfähigkeit zu verzichten, unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit. Das ist aber genau das, was wir mit unserer schweizerischen Sicherheitspolitik seit langem tun. Unsere Landesverteidigung bleibt wirksam und glaubhaft, wenn wir auf diesem Weg beharrlich weiterschreiten.

Entscheidend ist für uns die Frage, ob das Rüstungsprogramm 88 der konventionellen Bedrohung, unserer Kampfform der Abwehr und dem Gefecht der verbundenen Waffen, entspricht. Werden die Kampfkraft unserer Armee und damit die Dissuasion erhöht? Das ist die Frage.

Wir sind auch nicht der Meinung, Herr Hubacher, dass Rüstungsprogramme eine patriotische Sonderbehandlung verdienen. Aber entgegen Ihrer Auffassung gehen wir davon aus, dass sowohl Landesverteidigung wie Umweltschutz durchaus gleichwertige Aufgaben sind und nicht das eine gegen das andere ausgespielt werden kann. Dubicose Umfragen scheinen uns eher zweifelhafte Ratgeber zu sein.

Wer unser Land angreift, wird den raschen Erfolg suchen und dafür voraussichtlich ein Maximum an mechanisierten Mitteln, viel Feuer, Ueberraschungseffekte und C-Waffen einsetzen. Unsere Verteidigung beruht auf einer in die Tiefe gestaffelten Abwehr, bestehend aus infanteristischen Elementen und dem mechanisierten, vom Feuer unterstützten Gegenschlag. Die frühe Erkennung gegnerischer Schwergewichte verschafft uns die Möglichkeit, diesen Schwergewichtsverlagerungen zusätzliche Mittel gegenüberzustellen. Aus dieser Sicht der Dinge kommt man zum Schluss, dass das Schwergewicht des diesjährigen Rüstungsprogramms richtig liegt. Die Panzerabwehrmine 88 verstärkt die infanteristische Abwehr. Sie liegt daher richtig, bevor – wie ein Ständerat scharfsinnig bemerkt hat – sie überhaupt verlegt worden ist. Allerdings muss die Panzerabwehr bei der Infanterie beschleunigt verstärkt werden. Das jetzige Rak-Rohr – da sind wir mit Herrn Hubacher einig – muss baldmöglichst ersetzt werden. Die Evaluation eines neuen Rak-Rohrs – das weiss auch Herr Hubacher – ist aber auf guten Wegen: Es soll noch in dieser Beschaffungsperiode bereitgestellt werden.

Auch bei der Beschaffung einer Einmann-Luftabwehrwaffe nennt Herr Hubacher offene Türen ein. Sie soll nämlich nächstes Jahr beschafft werden.

Die Kampfwertsteigerung der Panzer 68 bringt eine Verstärkung der mechanisierten Mittel der Felddivisionen, welche der operativen Führung auf der Stufe Armeekorps mehr Handlungsfreiheit gibt. Die mechanisierten Mittel können später mit grösserer Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden. Eine bedeutende und im Grunde längst fällige Verstärkung der Feuerkraft bringt auch die Beschaffung von 108 Panzerhaubitzen für sechs Artillerieabteilungen der Felddivision. Es wäre zu begrüssen, wenn auch die letzten Abteilungen baldmöglichst mit der vorgesehenen weitreichenden Artillerie ausgerüstet würden. Zusätzliche Verstärkung bringt die neue Kanistermunition.

Mit der Ersatzbeschaffung von 4100 geländegängigen Puch anstelle der ausgedienten Unimog und Jeeps sind wir einverstanden. Diese Beschaffung hat ihre eigene Geschichte, die immerhin aufzeigt, dass die Beschaffungsorgane echten Argumenten zugänglich sind, indem sie im Zeitpunkt der Evaluation dem wohl besseren Modell den Vorzug gegeben haben. Es wäre in der Öffentlichkeit sicher nicht verstanden worden, wenn ausgerechnet die Armee sich nicht an die verschärften Abgasvorschriften halten würde.

In finanzieller Hinsicht bewegt sich das Rüstungsprogramm im vorgesehenen Finanzrahmen des Ausbauschnittes 88/91. Die Militärausgaben wachsen in der gegenwärtigen Legislaturperiode um durchschnittlich 4,5 Prozent und liegen damit 0,5 Prozent unter dem Wachstum der Bundesausgaben insgesamt. Wir haben deshalb mit nicht geringer Verwunderung von den Ausführungen des Finanzministers Kenntnis genommen, der anlässlich der Präsentation des Budgets 1989 von überdurchschnittlich erhöhten Militärausgaben sprach, obwohl ihm die wirklichen Zusammenhänge bestens bekannt sein dürften. Diese Argumentation ist unsachlich und überdies unkollegial.

Den Rückweisungsantrag Hubacher bezüglich der Kampfwertsteigerung für den Panzer 68 im Betrag von 472 Millionen Franken lehnen wir ab. Wir schliessen uns den von den Kommissionssprechern und Herrn Spälti dargelegten Argumenten vollumfänglich an.

Sorgen machen uns die zunehmenden Schwierigkeiten, die sich der Armee bei der Ausbildung und vor allem der Handhabung der Waffen im scharfen Schuss in vielen Landesteilen entgegenstellen. Wir stellen fest, dass die Demokratie der Betroffenen auch bei den Ausbildungs- und Übungsplätzen mehr und mehr überhand nimmt. Grundsätzlich hat auch die Armee die Belange des Umweltschutzes – zu denen auch die Lärmbekämpfung gehört – zu berücksichtigen. Wir haben bei der diesjährigen Baubotschaft viele Millionen für den Umweltschutz beschlossen. Bei der Flugwaffe, bei den Panzern und der Artillerie findet der Simulator zunehmend Verwendung. Der scharfe Kampfeinsatz ist aber unverzichtbar und muss eiserner Bestandteil der Ausbildung bleiben. Die Frage von ausländischen Übungsräumen für das realitätsgerechte Üben des Gefechts der verbundenen Waffen muss nach unserer Auffassung ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Ein erster Schritt ist aus zwingenden Gründen von längerer Zeit mit der Luftwaffe gemacht worden.

Ein weiteres Problem ist die zunehmende Auslandsabhängigkeit unserer Rüstungsbeschaffung. Die eigenen Entwicklungen unserer Industrie machen nur noch rund 20 Prozent des Ausbauschnittes aus. Das ist auch neutralitätspolitisch eine sehr kritische untere Grenze. Wir behelfen uns mit Lizenzproduktionen, mit denen keine eigene technologische Forschung und Entwicklung verbunden ist. Damit riskieren wir nicht nur, industriell in einen Technologierückstand zu geraten, sondern setzen die im Rüstungssektor noch bestehende private eigene Industrie der Gefahr aus, dass sie die auf ihre Kosten entwickelten Rüstungsprodukte wegen des auf der ganzen Welt bestehenden politischen Rüstungsprotektionismus nicht mehr absetzen kann.

Einerseits drängt es sich deshalb auf, diesen politischen Gegebenheiten stärker als bisher Rechnung zu tragen und bei der Rüstungsbeschaffung im Ausland konsequent auf dem Kompensationsprinzip zu bestehen. Die USA beweisen

hier beispielsweise Verständnis und Fairness, was man von unserem nächsten Nachbarn Frankreich keineswegs behaupten kann.

Hier ist ein verschärfter Druck für gegenwärtige und künftige Beschaffungen – ich nenne das Stichwort Panzermine 88 und Super-Puma für das nächste Rüstungsprogramm – unumgänglich. Andererseits müssen wir mehr als bisher bereit sein, unserer eigenen Rüstungsindustrie auch Entwicklungsprojekte zu übergeben. Die Entwicklungskosten von komplexen Systemen sind heute so hoch, dass die Industrie diese nicht mehr alleine tragen kann. Das ist gängige Praxis in vielen Ländern und beileibe nicht nur bei wirtschaftlichen und militärischen Grossmächten. Das Beispiel Schweden spricht für sich selber.

Wir müssen uns vom Neutralitätspolitisch und technologisch gefährlichen Krämergeist lösen, der immer nur das Beste zum billigsten Preis verlangt. Die Erhaltung unserer Verteidigungsbereitschaft – dazu gehört in gewissen Umfang auch unsere eigene Rüstungsindustrie – hat ihren Preis, und der muss bezahlt werden.

In diesem Sinne sind wir für Eintreten und Zustimmung zum Rüstungsprogramm 88 und lehnen Herrn Hubachers Rückweisungs- oder Streichungsantrag – wie immer Sie ihn bezeichnen wollen – vollumfänglich ab.

Stappung: Nach Auffassung unserer Fraktion könnte ein namhafter Teil dieser Rüstungsmillionen in anderen Bereichen wesentlich sinnvoller verwendet bzw. investiert werden: Das Militär ist zwar nicht im Volk, aber in diesem Parlament eine heilige Kuh. Beim Militär wird mit anderen Eilen gemessen als zum Beispiel im Sozialbereich oder beim Umweltschutz. Für die bürgerliche Mehrheit in diesem Rat kann das Militär nicht aufwendig genug sein, während in anderen Bereichen oft jeder Franken zuviel ist. Ich erinnere Sie daran, dass immerhin ein Fünftel unserer Aufwendungen an das Militär gehen. Dieser respektable Anteil am Gesamtaufwand unseres Haushaltes wird von dieser bürgerlichen Ratsmehrheit mit Zähnen und Klauen geschützt und zu halten versucht.

Ich erinnere an die Richtlinienmotion der sozialdemokratischen Fraktion anlässlich der Debatte über die Legislaturplanung in der letzten Session. Mit unserer Motion verlangten wir keine Kürzung des Aufwandes im Militärbereich, sondern lediglich ein Einfrieren auf dem seinerzeitigen Stand, also keine weiteren Erhöhungen der Militärausgaben während der laufenden Legislatur. Die Motion wurde in diesem Rat abgelehnt. Das EMD hat somit weiterhin praktisch einen Finanzfreipass.

Man muss nicht unbedingt sorglos in die Zukunft blicken. Immerhin ist heute gegenüber früher die Lage wesentlich entspannter. So haben z. B. die Amerikaner aufgrund der gegenwärtigen Situation ihr Wehrbudget gekürzt. Auch die «bösen» Russen, die vom EMD und weiteren Kreisen ständig als «Böölimaa» zur Steigerung unserer Rüstung missbraucht wurden, sind an einem weiteren Rüstungsabbau interessiert. Wir werden sehr bald mit der Frage konfrontiert sein, wen wir mit unserem Rüstungspotential eigentlich noch abschrecken wollen. Es ist Pflicht dieses Rates, die mit dem vorliegenden Rüstungsprogramm beantragten Verpflichtungskredite auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Vor allem aber ist zu prüfen, ob sich die vorgeschlagenen Investitionen lohnen und die Kosten tatsächlich angemessen sind.

Die sozialdemokratische Fraktion hat das sehr eingehend und entsprechend kritisch getan. Vorweg ist festzustellen, dass weitere Waffen und Munition beschafft werden sollen, bei denen unsere Miliztruppen nur an Simultananlagen und Manipuliergeräten ausgebildet werden können. Als neutrales Land müssen wir heute zur Erprobung dieser Kriegsgewehre Schiess- und Übungsplätze in Schweden, Italien, auf den Hebriden und neu noch in Israel für die Kanistermunition beanspruchen. Das beweist mindestens teilweise, dass das Rüstungsmaterial die Dimensionen unseres kleinräumlichen Staates sprengt.

Grösste Bedenken haben wir bei der Vorlage zur Kampfwertsteigerung des Panzers 68. Auch der Beschaffungspreis für die 108 Panzerhaubitzen M 109 scheint uns zu hoch zu sein.

Zuerst zum Panzer 68: Hier geht es bekanntlich um eine sogenannte Kampfwertsteigerung bei der Hälfte dieser Panzergeneration, also bei 195 Einheiten. 170 Panzer aus der Beschaffung 1968 und 25 Panzer aus jener des Jahres 1974 sind gegenwärtig 20 bzw. 14 Jahre alt. Wenn die nachgerüsteten Panzer an die Truppe gehen, ist der weitaus grösste Teil davon nahezu 30 Jahre alt.

Diese 68er Panzergeneration war von allem Anfang an eine mit unzähligen Mängeln behaftete Beschaffung. Der Panzer 68 ist eine verfehlt konstruierte Konstruktion. In der Folge musste sich unser Rat verschiedentlich mit diesen Mängeln befassen. Ende 1984, also vor vier Jahren, war das Mängelbehebungsprogramm, soweit die Mängel überhaupt behoben werden konnten, abgeschlossen. Die Basismängel allerdings konnten nicht behoben werden. Bereits früher, d. h. im Vorfeld der Leo-2-Beschaffung, hatte man für den Panzer 68 ein Kampfwertsteigerungsprogramm ausgearbeitet. In diesem Zusammenhang stellte man fest, dass die Motorenleistung verbessert, das Fahrgestell erneuert, eine 120-mm-Kanone eingebaut sowie die gesamte technische Anlage hätte erneuert werden müssen. Das sagt eigentlich alles.

Jetzt will man dieser Missgeburt eine zusätzliche Krücke in Form der beantragten Kampfwertsteigerung verpassen. Gemessen an der vorhandenen Panzersubstanz und der voraussichtlichen Lebensdauer dieses Fahrzeuges lohnt es sich nicht, nochmals je 2,4 Millionen Franken in einen solchen Panzer zu investieren. Mit diesem Vorhaben würde man nun tatsächlich und im Sinne des Wortes Geld zum Fenster hinauswerfen.

Herr Hubacher hat den Minderheitsantrag der nationalrätlichen Kommission auf Streichung dieses Verpflichtungskredites von 472 Millionen Franken, den die sozialdemokratische Fraktion unterstützt, ausführlich und kompetent begründet.

Gegenüber dem Preis der Panzerhaubitzen M 109 haben wir die grössten Vorbehalte. Seit der letzten Beschaffung von Panzerhaubitzen im Jahre 1979 stieg der Preis der gleichen Kanone um mehr als 64 Prozent. Wenn man den Preis mit der ersten Tranche, die 1968 beschafft wurde, vergleicht, liegt der heutige Beschaffungspreis gar um 440 Prozent höher. Dazu kommt, dass der Wechselkurs des Dollars 1968 und auch in späteren Jahren wesentlich höher war als heute. Wenn man berücksichtigt, dass bei früheren Beschaffungen dieser Panzerhaubitzen die US-Regierung mit einer namhaften Kommission auch noch «abrahmte», was bei diesem Direktverkauf nun entfällt, erscheint die Preisentwicklung allzu massiv.

Eine Panzerhaubitze kostet heute nahezu 1,8 Millionen Franken. Diese massive Preissteigerung begründet das EMD hauptsächlich mit der Teuerung. Seit 1968 müsste die Teuerung in den USA somit jährlich im Durchschnitt um mehr als 20 Prozent gestiegen sein. Das ist wenig glaubhaft. Daran ändert auch nichts, wenn nun gemäss Botschaft die amerikanische Regierung den vorliegenden Werkpreis als angemessen bezeichnet. Wir zweifeln nicht daran, dass sich die Verantwortlichen der GRD um einen akzeptablen Preis bemüht haben. Offenbar besteht aber keine Konkurrenz in diesem Bereich. Die Amerikaner können uns den Preis nach Lust und Laune diktieren. Offenbar ist die Frage der Möglichkeit einer Beschaffung in Zusammenarbeit mit einem anderen Staat (es muss ja nicht immer nur Amerika sein) geprüft worden. In Zukunft sollten solche gemeinsamen Beschaffungsmöglichkeiten häufiger ins Auge gefasst werden.

Noch ein Wort zu den Ausbildungs- und Uebungsplätzen für die Panzerhaubitzen: Die Gemeinden in der Linth-Ebene beklagen sich bitter und offensichtlich zu Recht über den Schiesslärm der Panzerhaubitzen. Wenn immer möglich muss das EMD mit den von den Immissionen geplagten Gemeinden bzw. deren Bevölkerung eine einvernehmliche

Lösung herstellen. Wir erwarten, dass insbesondere die Gegend der Linth-Ebene durch diese zusätzliche Beschaffung nicht durch vermehrten Schiesslärm belastet wird.

Nun sage ich noch etwas zur Personalsituation:

Mit dem vorliegenden Rüstungsprogramm werden total 16 zusätzliche Stellen – davon allein 13 für den Panzer 68 – benötigt. Trotz dem heute schon aktuellen Unterbestand bei der Kriegsmaterialverwaltung, insbesondere bei den Armeemotorparks, glaubt das EMD, den Mehrbedarf von 16 Stellen durch Rationalisierung und Umschichtung auffangen zu können. Real gesehen ist dies ausgeschlossen, und das weiss auch das EMD. Was nützen Ihnen hochtechnisierte Waffen, wenn durch eine kurzsichtige sowie undifferenzierte Personalpolitik deren Unterhalt nicht sichergestellt und die Kriegsbereitschaft in Frage gestellt wird?

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt Ihnen Zustimmung zum Antrag Hubacher und Kürzung der Verpflichtungskredite um 472 Millionen auf total 1,773 Milliarden Franken.

Meier-Glatfelden: Krieg hat keinen Sinn. In einem nächsten Krieg wird es keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben. Kriege müssen deshalb mit allen Mitteln verhindert werden. Zu einer umfassenden Sicherheitspolitik gehört aber auch der Kampf gegen die Umweltzerstörung, der Kampf gegen Hunger und Elend und gegen die Ausbeutung der Dritten Welt.

Die grüne Fraktion akzeptiert das Prinzip der bewaffneten Neutralität. Neben der Armee als Mittel zur Friedenssicherung müssen aber noch andere Mittel angewendet werden. Wir werden darauf in der GSOA-Debatte zurückkommen. Heute geht es um das Rüstungsprogramm 1988. Wir Grünen sind nicht einverstanden mit dem gegenwärtigen Konzept der Schweizer Armee. Wir sind nicht einverstanden mit dem Panzer und den Hochleistungsflugzeugen, die klassische Angriffswaffen sind. Diese Waffensysteme erfüllen weder die Verteidigungsaufgaben eines neutralen Kleinstaates, noch stehen Kosten und Nutzen in einem vernünftigen Verhältnis. Panzer und Hochleistungsflugzeuge hätten höchstens einen Sinn als Teil des Nato-Abwehrsystems. Das verträgt sich nicht mit unserer Neutralität.

Wir sind auch überzeugt, dass das Nachahmen einer Grossmachtarmee nicht dem Willen der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung entspricht. Leider hat diese Bevölkerung dazu nichts zu sagen.

Heute geht es nicht um die Flugzeuge. Es geht um die Nachrüstung von 195 Panzern 68. Der Satz, «Die beste Waffe gegen den Feindpanzer ist der eigene Panzer», war richtig im letzten Weltkrieg, als die Panzerabwehrkanonen schwerfällig waren und die Infanterie schutzlos. Panzergeneral Uhle-Wettler aus der Bundesrepublik Deutschland schreibt: «Heute noch sind die meisten Soldaten ebenso wehrlos, wie es die deutschen Soldaten 1917 in der Tankschlacht von Cambrai waren. Die Soldaten wissen das auch, mit all den taktischen und psychologischen Folgen. Wir brauchen also zahlreiche panzerbrechende Waffen, die unsere Infanterie in einem Gelände kurzer und kürzester Kampferfernungen einsetzen kann.» Soweit der deutsche Panzergeneral.

Die Konsequenz: Nicht grosse Reichweiten, sondern grosse Wirkung auf kleine Schussdistanzen und eine grosse Anzahl von Waffen. Jeder Infanterist sollte mit einer Panzerabwehrwaffe ausgerüstet sein. Das wussten schon die alten Eidgenossen. Mit ihren Hellebarden als «panzerbrechender» Waffe siegten sie gegen hochgerüstete Berufarmeen. Die meisten Armeeführer – und auch Herr Spälti – haben das vergessen.

Ich empfehle Ihnen das Buch «Raumverteidigung» von Alfred Stutz aus dem dem Verlag der «Neuen Zürcher Zeitung». Unsere Armee ist eine Verteidigungsarmee. Das eventuelle Kampfgebiet ist bekannt. Deshalb sind wir auch einverstanden damit, dass – wie in der Botschaft auf Seite 17 beschrieben – die alten Centurions ins Panzerabwehrsystem eingebaut werden.

Unserer Meinung nach sollen die Panzer 68 noch etwas weiterrollen. Nachher soll man sie ebenfalls in die Feldbefestigungen einbauen. Das freiwerdende Geld aber soll man verwenden für eine zeitgemässe Panzerabwehr unserer Infanterieverbände.

Von den Milliarden für die Flugzeugbeschaffung hingegen, über die wir später sprechen werden, soll ein Teil für Friedenssicherung mit anderen Mitteln, gegen die Umweltzerstörung und für das Fördern der Selbsthilfe in der Dritten Welt verwendet werden.

Wir Grünen stimmen den Verpflichtungskrediten zu, mit Ausnahme des Kredites für die mechanisierten und leichten Truppen im Betrag von 472 Millionen Franken, den wir gemäss dem Minderheitsantrag ablehnen.

M. Rebeaud: Le peuple suisse s'est opposé à environ 60 pour cent au droit qui lui était offert, par l'intermédiaire d'une initiative populaire, de se prononcer sur des crédits militaires.

Nous avons dû conclure du résultat de ce vote que la majorité du peuple se considère comme incompétente pour juger de la nécessité des dépenses militaires. Cette responsabilité revient donc au Parlement. Je ne sais pas ce qu'en pense le peuple suisse, mais j'ai l'impression que le Parlement lui-même n'est pas très compétent pour juger de nécessité d'un certain nombre de dépenses militaires qui nous sont soumises. Bien entendu, je ne fais pas allusion à la compétence juridique mais aux compétences techniques. J'ai même le sentiment que la Commission des affaires militaires, qui devrait regrouper des spécialistes et des gens préparés à porter un jugement fondé sur ce genre de questions, n'est pas aussi compétente que nous pourrions le souhaiter.

Les crédits militaires sont votés dans l'esprit d'une certaine logique traditionnelle qui est celle de l'armement que nous développons selon des plans établis depuis longtemps. Cette logique ne tient pas compte des derniers enseignements que l'on pourrait tirer des conflits qui ont mis à l'épreuve des conceptions de la défense totalement différentes des nôtres, notamment dans les guerres du Vietnam et de l'Afghanistan. Pour ma part, j'ai une méfiance – pour ne pas dire plus – à l'égard de cette mécanique qui essaie de faire adapter notre armée de nains aux exigences toujours plus poussées en matière de techniques et de concentration des moyens des grandes armées des blocs de l'Est et de l'Ouest.

A l'époque, nous nous sommes opposés aux crédits pour l'achat du char Leopard en nous fondant sur une critique fondamentale. Cet engin est probablement efficace, selon les conceptions traditionnelles de la guerre entre les blocs, mais il est mal adapté au territoire suisse. De plus, il est probablement acheté en quantités insuffisantes pour pouvoir opposer une résistance conforme à la mission qui lui est assignée. Le même raisonnement doit être tenu à l'égard du char 68 que vous voulez moderniser. Au fond, il va assumer la mission que l'on aimerait pouvoir confier à des Leopard, si nous en avons les moyens. Mais nous ne les avons pas. Les motifs qui nous poussaient à refuser le char Leopard sont également valables pour le char 68.

Comme nous sommes dans une situation où l'on ne se pose pas de nouvelles questions, mais où l'on adapte mécaniquement dans un cercle de références relativement étroit, je voudrais tout de même poser deux questions, notamment au Conseil fédéral, qui se rapportent à la «limite critique inférieure». J'aimerais vous soumettre deux citations. La première est de M. Koller, conseiller fédéral, qui, lors des travaux de commission, nous a dit: «C'est inquiétant. En Suisse, nous ne produisons de manière autonome plus que le 16 pour cent de notre matériel de défense. Il ne faudrait pas descendre au-dessous de cette limite, car nous y perdrons la part essentielle de notre autonomie». Au nom de quoi estime-t-on qu'au-dessus de 16 pour cent l'autonomie est suffisante et qu'au-dessous elle serait insuffisante? Le simple bon-sens m'indique que 16 pour cent est largement insuffisant.

Les Suédois sont à 50 pour cent, à plus ou à moins selon les paramètres utilisés pour en juger. Seize pour cent me semblent être gravement au-dessous de l'autonomie que nous devrions souhaiter pour la défense de la neutralité armée. En outre, cela pose le problème du choix des armes, car les engins très sophistiqués comme les chars modernes ou les avions ne peuvent pas être produits pour le marché suisse par l'industrie suisse. Par conséquent, nous proposons, par exemple, que la défense antichar puisse être confiée à des soldats, au niveau des petits groupes ou individuellement, avec des armes produites en grande quantité qui seraient utilisables individuellement ou par petits groupes. Si le marché suisse était insuffisant, on pourrait l'étendre à l'Autriche et à la Suède, ou à d'autres pays neutres. Nous devons sortir de ce schéma où nous essayons, sur une petite échelle, d'imiter les grands car nous n'en avons plus les moyens.

Ma deuxième citation se réfère aux propos de M. Feigenwinter qui a évoqué une autre limite critique en disant que notre industrie ne pouvait contribuer que pour 20 pour cent à la fabrication de notre armement lourd. Et il a affirmé que 20 pour cent était la limite critique au-dessous de laquelle nous ne devrions pas descendre.

A mon avis, la limite inférieure que nous ne devrions pas franchir ne doit pas être fixée à 20 pour cent, mais à 50 pour cent, 60 pour cent, 80 pour cent ou peut-être, si l'on veut être véritablement rigoureux, à 100 pour cent. Pourquoi donc 20 pour cent? Dans ce débat sur l'armement, j'ai la curieuse impression que l'on regarde ce que l'on peut faire – en réalité très peu – et que l'on dit: «Il ne faudrait pas descendre en dessous». Il semble que l'on n'ait pas d'autre critère que «ce qui est possible».

Sur ce sujet de réflexion qui est pour moi aussi une préoccupation, je vous recommande de suivre la proposition du groupe socialiste, c'est-à-dire de M. Hubacher, et de voter les crédits d'armements, parce que nous manquons de solution de rechange, mais de refuser cette dépense énorme de 475 millions pour une arme douteuse, qui ne le serait pas moins si elle était modernisée.

Graf: Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei empfiehlt einstimmig Eintreten und Gutheissen des Rüstungsprogramms 1988.

Das Rüstungsprogramm ist ja die erste Beschaffungsvorlage im Rahmen des Ausbauschnittes 88/91. Es umfasst Verpflichtungskredite von total 2,195 Milliarden Franken, mit den Schwerpunkten Genie und Festungen: 342 Millionen Franken; mechanisierte und leichte Truppen: 472 Millionen Franken; Artillerie: 640 Millionen Franken; Führung und Uebermittlung: 223 Millionen Franken; Flieger und Fliegerabwehr: 300 Millionen Franken und Modernisierung: 218 Millionen Franken.

Obgleich in der Legislaturperiode bis 1991 noch Grossvorhaben anstehen, wie die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges, ist die Finanzierung des vorliegenden Rüstungsprogramms gesichert. Dieses Programm kostet zwar rund 2,2 Milliarden Franken. Doch darf darauf hingewiesen werden, dass gut die Hälfte davon, d. h. 1,1 Milliarden Franken, direkt in die schweizerische Wirtschaft gehen. Rechnet man die Ausgleichsgeschäfte für indirekte Beteiligungen aus dem Ausland dazu, so beträgt die Beschäftigungswirksamkeit über 80 Prozent. Vom Inlandanteil, der verbleibt, gehen zwei Drittel in die Privatwirtschaft und ein Drittel an die Rüstungsbetriebe. Vom privatwirtschaftlichen Anteil gehen 21 Prozent in die Westschweiz.

Ein Schwerpunkt des Rüstungsprogramms und ein Kernstück ist die Kampfwertsteigerung des Panzers 68, d. h. von rund 200 Panzern dieses Typs. Darauf möchte ich – wie schon verschiedene Vorredner – noch kurz näher eintreten. Für diese Kampfwertsteigerung spricht eine Vielzahl von Argumenten. Einmal gilt ganz generell die Tatsache, dass komplexe Waffensysteme überall, d. h. in allen Armeen, relativ lange Zeit eingesetzt bleiben, eingesetzt bleiben müssen, und zwar aus Kostengründen. Nach Ablauf gewisser Fristen jedoch ist es unumgänglich, dass man diese Waffen-

systeme modernisiert, «aufdatiert», wie die grossartige Wortschöpfung heisst, indem z. B. technische Neuerungen und andere Verbesserungen eingebaut werden. Solche Kampfwertsteigerungen sind in allen Armeen völlig normal. Dass man an unserem Panzer 68 Verbesserungen vornehmen muss, wurde bereits 1979 klar, als sich das Parlament mit dessen Mängeln befasste. Nun wird – wahrhaftig nicht mehr zu früh – ein kostengünstiges, ausgewogenes Programm vorgeschlagen, durch das die Lebensdauer eines Teiles unserer Panzer verlängert und zugleich eine erhebliche Kampfwertsteigerung ermöglicht wird.

Die seinerzeit festgestellten Mängel am Panzer 68 sind nachweislich zur Zufriedenheit der Truppe behoben worden. In der Kommission habe ich mich nach der Akzeptanz des Panzers 68 bei der Truppe, nach seiner technischen Verfügbarkeit, d. h. seiner mittleren unfallfreien Leistung im Einsatz, erkundigt. Ich erhielt vom Rüstungschef sehr zufriedenstellende Antworten. Unsere Panzersoldaten begrüssen es, wenn durch eine neue Feuerleitung die Erstschussstrefferwahrscheinlichkeit und die Treffsicherheit generell massiv verbessert werden.

Aus diesen Gründen erscheint mir der Antrag von Herrn Kollege Hubacher unverständlich und schleierhaft: Ich denke, Ihr Antrag auf Streichung der 472 Millionen für die motorisierten und leichten Truppen ist weniger als Kritik denn als Polemik einzustufen. Sie können doch nicht ein einzelnes Stück aus dem Rüstungsprogramm herausbrechen, ohne dessen Gesamtwirkung in Frage zu stellen, das heisst zu schwächen! Damit schaden Sie letztlich unserer Landesverteidigung und leisten den famosen Armeeschaffern Vorspann.

Nachdem sich die SP Schweiz – und Sie übrigens ja auch – zur Armee und Landesverteidigung bekennen, ist Ihr Antrag für mich unverständlich. Und nebenbei: Zum Glück besteht in unserem Lande die «Umfragedemokratie» noch nicht. Wahrscheinlich bin ich nicht der einzige in diesem Saal, der darüber nicht unglücklich ist!

Ich weiss, es ist unpopulär geworden, in der jetzigen Zeit ein Rüstungsprogramm zu vertreten. Alles redet vom Frieden. Es ist sicher gut, dass die USA und die UdSSR mindestens einen Teil ihrer nuklearen Raketenkapazität abbauen. Wir sollten uns aber immer wieder bewusst sein, dass damit weniger als 5 Prozent der Raketen mit Nukleargefechtssköpfen vernichtet werden. Wenn man von Abrüstung reden will, müssen wesentliche weitere Schritte, besonders auch im konventionellen Bereich, folgen. Solange unsere Armee den ihr in der Verfassung zugewiesenen Auftrag zu erfüllen hat, wäre es unverantwortlich, ihr eine kontinuierliche Anpassung an das moderne Gefechtsfeld zu verunmöglichen. Mit veralteten Waffen schaden wir nicht unseren Generälen, sondern unseren Wehrmännern, die ein Anrecht auf eine wirksame Bewaffnung haben.

Trotz allen Schmalmeienklängen, die zurzeit ertönen, ist – Herr Feigenwinter wies darauf hin – die Zeit des absoluten Friedens noch lange nicht angebrochen. Die Rüstungsbudgets der Grossmächte haben nicht abgenommen, sondern sind eher zunehmend. Wenn der Friedenswille zum Beispiel der UdSSR wirklich so gross ist, wie gewisse Naive glauben, muss man sich die Frage stellen, wieso dann in der UdSSR immer noch monatlich 200 neue Panzer die Produktionsstätten verlassen! Sicher, auch unser diesjähriges Rüstungsprogramm ist kein Pappenstiel. Aber die 2,2 Milliarden Franken sind nun einmal der Preis, den wir immer wieder für unseren Frieden in Freiheit zu entrichten haben.

Man kann den Verantwortlichen im EMD attestieren, dass sie nicht die «Grossarmee im Taschenformat» ansteuern; die letzten Jahre beweisen das. Man ist kostenbewusst geworden und scheut sich nicht, die Frage nach Aufwand und Nutzen zu stellen. Bei einem negativen Resultat greift man auch drastisch ein. Die EMD-Führung andererseits muss sich aber auch bewusst sein, dass ihr Auftrag mit Grossprojekten allein nicht erfüllt ist. Wir erwarten, dass künftige Rüstungsprogramme ausgeprägt den Stempel der Kampfkraftsteigerung des einzelnen Wehrmannes tragen. Damit meinen wir:

- Verbesserung der Ausrüstung des Wehrmannes durch funktionale Kampfbekleidung;
- Verbesserung der Panzerabwehr auf unterer taktischen Stufe (endlich Ersatz des Rak-Rohres);
- Verbesserung des Flab-Schutzes der Kampftruppe (Stinger).

Zum Schluss noch eine Frage an Herrn Bundesrat Koller: Nach der Evaluation des neuen Kampfflugzeuges würde es mich interessieren, wie – konkret – die terrestrische Luftverteidigung ausgebaut werden soll. Sind hierfür ausreichende Mittel im Ausbauschrift 92/95 eingestellt, und wird der Schutz der Lufträume über den interkontinentalen Flughäfen Zürich und Genf und deren Umgebung – allenfalls auch durch Adats – ins Auge gefasst?

Herczog: Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag zur Streichung dieser 472 Millionen für weitere Panzer-68-Ausgaben zu unterstützen. Die Beschaffung des Panzer 63 hatte der damalige EMD-Chef mit dem schlagenden Argument schmackhaft gemacht, auf das Helmut Hubacher bereits hingewiesen hat: «Ce n'est pas une nécessité militaire, c'est une nécessité industrielle ...» Diese «nécessité industrielle» bestimmte dann auch die ganze Geschichte des Panzers 68. Sie führte zur Affäre der 16 Hauptmängel und der 38 weiteren Mängel. Diese können heute nach technischem und menschlichem Ermessen kaum völlig aus der Welt geschafft sein, auch wenn man den Ausführungen der Militärexperten vor der Kommission Glauben schenken wollte.

Offensichtlich soll nun diese Geschichte der «industriellen Notwendigkeit» eine weitere, 472 Millionen Franken teure Fortsetzung bekommen. Auf Seite 18 der Botschaft schreibt der Bundesrat: «Der Kampfwert der Panzer 68 ist derart zu steigern, dass sie in den neunziger Jahren der zu erwartenden Bedrohung und dem vorgesehenen Einsatz gerecht werden.»

Dem wissbegierigen Leser oder der Leserin wird aber bedauernswerterweise nicht mitgeteilt, woraus jene zu erwartende Bedrohung oder jener vorgesehene Einsatz besteht. Was wir aber als normale Bürger und Bürgerinnen dieses Staates wissen, ist, dass gemäss geltender Panzerdoktrin in unserer Armee die wirklich tauglichen Panzer – nämlich tauglich betreffend Geschwindigkeit, tauglich betreffend Schusskadenz, Distanz, Panzerung usw. – sogenannten Gegenschlagsverbänden, vor allem der Mechanisierten Division zugeteilt werden. Sind aber ihre ausländischen Konkurrenten stärker bzw. sind unsere Fahrzeuge diesen Konkurrenten nicht mehr gewachsen, werden sie in die Felddivisionen umgegliedert. Bekanntlich ist das mit dem Panzer 68 nach dem enorm teuren Kauf des Panzers Leopard ja geschehen. Die militärische Notwendigkeit dieser Panzer wurde also klar zurückgestuft.

Mit anderen Worten: Die Notwendigkeit einer teuren Kampfwertsteigerung ist gar nicht ausgewiesen, vor allem auch nicht – das wurde bis jetzt noch gar nicht erwähnt – für ein Feuerleitsystem, das nicht aus der Prototyp-Phase herausgetreten ist. Es ist auch nicht nur ein einfaches Feuerleitsystem, wie es damals die Panzer-68-Kommission gefordert hat, sondern ein sogenannt «modernes». Was das wiederum kostenmässig heisst, ist uns bekannt.

Wenn Sie die Botschaft gelesen haben, sehen Sie, dass der Bundesrat seiner Sache auch nicht ganz sicher ist. Er kalkuliert mit 60 Millionen Franken Teuerung (13 Prozent der Gesamtausgaben) und 20 Millionen Risiko (4 Prozent der Ausgaben), also insgesamt 17 Prozent Polster für auf alle Fälle absehbare Pannen, die eintreten werden. Es ist ein risikoreiches Geschäft, das wir nicht einzugehen gewillt sind.

Der Bundesrat selbst schreibt dies sogar dreimal – und wenn in einer Militärbotschaft von seiten des Bundesrates dreimal steht, «es ist ein risikoreiches Geschäft», dürfen Sie das dem Bundesrat glauben. Sie sollten diesem Geschäft dann sicher nicht zustimmen.

Zum Schluss noch etwas Grundsätzliches: Diese Rüstungsprogrammvorlage – das haben verschiedene Herren betont – ist die erste Beschaffungstranche gemäss Armeeleitbild

1988/1991. In einer solchen Vorlage hätten wir wahrlich etwas mehr politische Gewichtung vorgezogen – nicht einen derart bescheidenen technokratischen Rapport –, gerade heute, da auch der Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland erklären kann, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte Aussicht auf echte Abrüstungsfortschritte hätten. Hier würden mich doch auch die politischen Konzeptionen und nicht nur die technokratischen Positionen des EMD interessieren.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

M. Kohler Raoul: Dans ce débat d'entrée en matière, je limite mon intervention à l'objet du programme d'armement 88 qui est contesté, c'est-à-dire à la revalorisation du char de combat 68.

Lorsque le Conseil des Etats a examiné le programme d'armement 88 durant la session de juin, les problèmes soulevés par l'amélioration de la valeur combative du char 68 ont été abordés et abondamment discutés. Aucune proposition de rejet de cet objet n'ayant été faite, le programme d'armement a été approuvé à l'unanimité des 43 membres présents, c'est-à-dire avec l'accord des parlementaires socialistes.

On peut se demander pourquoi, au mois d'août, en séance de la Commission des affaires militaires du Conseil national, et aujourd'hui devant ce conseil, nos collègues socialistes proposent de refuser le crédit destiné à la revalorisation du char 68.

Depuis la publication du message du Conseil fédéral, en février, et la discussion du Conseil des Etats, en juin, jusqu'à la séance de notre commission, en août, aucun élément matériel nouveau n'a surgi qui aurait pu ou dû inciter notre commission à réexaminer tout le dossier. La seule justification que je trouve à cette attitude nouvelle, c'est que, vraisemblablement, l'on entend utiliser cet objet pour donner plus d'amplitude à une campagne visant à semer le doute à l'égard des responsables de l'armement, comme cela a déjà été pratiqué lors de l'acquisition des Leopard 2.

Il serait évidemment idéal de pouvoir toujours disposer des armes issues des derniers développements de la technique. Actuellement, aucun pays au monde n'en a la possibilité. Par conséquent, nous sommes obligés d'utiliser au mieux l'armement disponible. D'une part, chaque armée doit veiller à améliorer le matériel et l'armement dont elle dispose chaque fois que l'occasion s'en présente et, d'autre part, en acquérir dans la mesure de ses possibilités financières. Même les superpuissances ont des moyens limités. La Suisse également doit agir de cette façon en tentant d'obtenir le meilleur rendement de son armement. Dans cette optique, cette opération de revalorisation du char 68 semblait tout à fait judicieuse.

L'acquisition d'une tranche supplémentaire de Leopard 2 aurait entraîné une facture sans commune mesure avec celle qui nous est présentée. C'est pourquoi nous avons dû nous limiter à équiper de Leopard 2 les formations de riposte des divisions mécanisées. De ce fait, les formations de riposte actuelles des divisions de campagne n'ont pas pu être renforcées. Leur armement doit être amélioré avec l'opération de revalorisation qui nous est présentée.

A ce propos, on peut d'ailleurs se demander à quel échelon de la riposte il faut engager nos meilleurs chars. Est-ce au niveau du corps d'armée ou de la division de campagne? Je pense que c'est au niveau de la division de campagne que la riposte doit être déclenchée le plus rapidement. C'est donc dans ce secteur que le char le plus performant devrait être engagé. Si cette solution n'a pas été retenue, c'est parce que la facture, comme je l'ai dit, était trop élevée mais aussi parce que l'amélioration de la valeur combative du char 68 nous permettait de contourner cette difficulté. En effet, lorsque cette revalorisation sera réalisée, l'infériorité du char 68 par rapport au Leopard 2 se situera surtout dans le domaine de la mobilité, principalement sur de grandes distances. Or, la riposte à l'échelon de la division de campagne s'opère le plus souvent dans les limites du secteur d'interventions de la division. Il s'agit surtout de réagir

contre un adversaire qui aurait pu pénétrer dans notre dispositif. Ce sont donc des interventions sur de courtes distances.

On peut donc dire que cette opération permettra de mieux équiper notre infanterie, de la mieux soutenir puisqu'il s'agit, pour la riposte, comme cela est prévu, de renforcer nos divisions de campagne. C'était aussi ce que souhaitait M. Hubacher en son temps.

Je vous invite donc à approuver le programme d'armement tel qu'il vous est soumis.

Loretan: Wenn ich nun zur Beschaffung eines neuen geländegängigen Personenwagens, zum Streit zwischen Landrover 110 und Puch G und damit zu meiner Interpellation vom 18. Dezember 1987 spreche, so habe ich keinerlei «Interessenbindungen» bekanntzugeben. Ich stamme zwar aus einer Region, in der sich Betriebe befinden, die – wäre die Wahl auf den Landrover gefallen – damit Arbeit bekommen hätten. Das sei durchaus eingeräumt.

In der ersten Hälfte 1984 traf bekanntlich der damalige Vorsteher des EMD, in Übereinstimmung mit dem Gesamtbundesrat, im Wettstreit zwischen dem Landrover 110 und dem Puch G den Entscheid zugunsten des ersteren. Ausschlaggebend war vor allem die beträchtliche Kostendifferenz von 15 Prozent zugunsten des Landrovers 110. Im damaligen Auswahlverfahren machte eine Dumpingofferte der Firma Steyr-Daimler-Puch AG Graz, die nach der Typenwahl und deren Mitteilung an die beiden konkurrierenden Firmen erfolgte, einen eher schlechten Eindruck. Die Firma versuchte auf diesem Wege, nachträglich die Differenz auf 5,5 Prozent zu verringern. Das EMD trat mit Recht auf dieses verspätete Angebot nicht ein. Vorgesehen war damals die Beschaffung einer ersten Tranche von 600 Fahrzeugen des Typs Landrover 110 über das Budget für Persönliche Ausrüstung und Erneuerungsbedarf 1985.

Auf Begehren der Finanzkommission des Nationalrates musste sich das EMD im Oktober 1984 entschliessen, statt des ursprünglich vorgesehenen Beschaffungsverfahrens den Weg über ein Rüstungsprogramm einzuschlagen. Damit kamen die Militärkommissionen der Räte zum Zug. Ich war damals Mitglied der nationalrätlichen Militärkommission. Das Auswahlverfahren – nunmehr richtigerweise unter Einbezug der Katalysatortechnik – begann von vorne, leider unter für den Landrover etwas unfairer Zeitdruck. Als Sieger ging die Firma Steyr-Daimler-Puch hervor. Der Entscheid fiel offenbar im Bundesrat bei der Verabschiedung der vorliegenden Botschaft über das Rüstungsprogramm 1988 am 24. Februar 1988.

Noch vorher versuchte ich mit einer am 18. Dezember 1987 eingereichten Interpellation, Bundesrat und EMD auf gewisse Unstimmigkeiten im Auswahlverfahren und bei der Beurteilung der beiden Konkurrenzprodukte aufmerksam zu machen. In der am 3. Februar 1988 erstatteten Antwort stellte sich der Bundesrat in seiner zentralen Aussage (Ziff. 7 seiner Antwort) auf den Standpunkt, der Zeitdruck erlaube es nicht mehr, einen verbesserten Landrover weiter zu erproben, obschon er eingestehen musste, dass der Beschaffungspreis des Landrovers rund 10 Prozent unter demjenigen des Puch G liege. Das sind immerhin – basiert man auf den Zahlen der Botschaft – gut und gern 20 bis 15 Millionen Franken! Dazu kommt, dass nach den Informationen, die mir zur Verfügung stehen, beim Landrover Endmontage und Abnahme durch die Gruppe für Rüstungsdienste in der Schweiz durchgeführt werden könnten und nicht wie beim Puch G im Ausland.

Ferner bestehen Zweifel daran, ob angesichts des geringen Verbreitungsgrades des Puch G der Ersatzteildienst über viele Jahre hinaus gewährleistet ist. Ich erinnere an den Artikel in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 1. Juni 1987 mit dem Titel «Steyr-Daimler-Puch auf der Intensivstation». Die ungeschminkte Darstellung der alles andere als «rosigen» Aussichten für die nähere Zukunft dieser Firma hat erheblichen Staub aufgewirbelt, der sich indessen offenbar nicht bis in die Büros der GRD und des EMD niedergeschlagen hat.

Im Gegensatz zum Puch G sind die «Geschwister» Landrover und Range Rover ein seit Jahrzehnten weltweit im Einsatz stehendes Fahrzeugpaar. Aufgrund des Fahrzeugbestandes und der jährlichen Zulassungen in der Schweiz könnte hier ein technischer und Ersatzteildienst auf sehr hohem Niveau gewährleistet werden.

Die Beteiligung von schweizerischen Unternehmen wäre bei der Beschaffung des Landrovers bei 20 Prozent des Lieferumfangs gelegen. Beim Puch G beträgt er nur 13 Prozent. Hätte man die Prüfungen der beiden Typen etwas länger weitergeführt, hätte sich, zugegebenermassen, erneut eine Verzögerung ergeben können. Der Bundesrat wäre dann eben erst mit dem Rüstungsprogramm 1989 mit dem Beschaffungsantrag gekommen. Hätte das viel geschadet? Ich glaube nicht. Man hat ja schon vorher drei Jahre geopfert wegen der Umstellung auf Katalysorteknik.

Zum Schluss folgendes Fazit aus dieser verworrenen Beschaffungsangelegenheit: Die dargelegten Gründe hätten das EMD nach meiner Meinung veranlassen müssen, die Evaluation nicht vorzeitig abzuschliessen, sondern sie einige Monate lang weiterzuführen, um dann mit dem Rüstungsprogramm 1989 den Antrag zu bringen. Sehr wahrscheinlich hätte er dann auf Landrover gelautet.

Um die Verwirrung nicht noch grösser zu machen, verzichte ich auf einen Rückweisungsantrag zur Kredittranche von 218 Millionen Franken für den neuen Geländepersonenwagen, dies auch deshalb, weil sich der Ständerat als Erstrat mit einiger Begeisterung nicht für ein schlechtes, aber doch nur für das zweitbeste Produkt, den Puch G, entschieden hat.

Ich bin von der bundesrätlichen Antwort auf meine Interpellation nach wie vor nicht befriedigt.

Wellauer: Ich spreche auch zu den Panzern, jedoch zum Kapitel Artillerie, nämlich zur Beschaffung von 108 Panzerhaubitzen.

Ich mache dieser Beschaffung keine Opposition. Ich bin von der Notwendigkeit der Beschaffung zur Bildung von sechs Panzerhaubitzenabteilungen überzeugt. Ich bin auch überzeugt, dass diese Abteilungen wesentlich zur Steigerung der Feuerkraft in den Felddivisionen beitragen.

Was mich – und vor allem auch die Bevölkerung von Frauenfeld – beunruhigt, ist folgende Tatsache: Die Beschaffung von konventionellen Hochleistungswaffen bringt zwangsläufig mehr Lärmimmissionen. Nach der bundesrätlichen Botschaft auf den Seiten 37 bis 39 sollen bei der mechanisierten Artillerie jährlich ungefähr 400 Rekruten mehr als bisher an Panzerhaubitzen ausgebildet werden, und dies vornehmlich auf dem Waffenplatz Frauenfeld.

Aus diesem Grund soll auch die zweite Ausbaustufe des Waffenplatzes Frauenfeld vorgezogen werden. Es ist vorgesehen, einen Kredit von 40 Millionen Franken mit einer Baubotschaft ab dem Jahre 1990 einzuholen. Mit dem Baubeginn dieser zweiten Baustufe kann deshalb frühestens ab 1992 gerechnet werden. Die zusätzliche Rekrutenausbildung beginnt aber schon ab 1990, wenn die notwendige Infrastruktur auf dem Waffenplatz Frauenfeld noch nicht vorhanden ist. Im Waffenplatz-Vertrag zwischen dem EMD, der Stadt Frauenfeld und den umliegenden Gemeinden sind pro Jahr 80 Schiesshalbtage fixiert.

Die Behörden und die Bevölkerung von Frauenfeld werden keiner Erhöhung der Schiesshalbtage zustimmen. Wir erwarten in Frauenfeld, dass die Schusszahl nicht erhöht wird und wehren uns auch dagegen, dass in Zukunft vermehrt WK-Truppen der Panzerhaubitzenabteilungen ihren Dienst in Frauenfeld absolvieren. Die Belegung mit WK-Truppen liegt – nebst den Rekrutenschulen – jetzt schon an der Grenze des Zumutbaren.

Die Konsequenz aus diesen Rahmenbedingungen ist die: Um den zusätzlich auszubildenden Rekruten die gleiche Grundausbildung zukommen zu lassen wie bis anhin, sind vermehrt Simulatoren bei der Fahr- und Schiessausbildung einzusetzen.

In der Botschaft steht eine Aussage dazu auf Seite 37 unten. Ich kann mich aber von dieser Auskunft nicht befriedigt

erklären, denn die Behörden und die Bevölkerung von Frauenfeld erwarten, dass mit Beginn der Umschulung und zahlenmässig grösserer Rekrutenausbildung die notwendigen Ausbaueinheiten, wie Simulatoren und Ladetrainer, zur Verfügung stehen, d. h. ab den Jahren 1990 oder 1991. Wir wollen einfach keinen zusätzlichen Lärm durch die vermehrte Belegung des Waffenplatzes Frauenfeld.

Ich möchte deshalb zu zwei Fragen von Herrn Bundesrat Koller eine Stellungnahme hören:

1. Zum Stand dieser Abklärungen, in Zukunft mehr Simulatoren zu verwenden, wie das auf Seite 37 vermerkt ist.
2. Zur Möglichkeit des Vorziehens der Investitionen für die Ausbildung, d. h. für die Infrastruktur, wie Ausbildungshilfen, Simulatoren und Ladetrainer.

M. Spielmann: Dans l'ensemble de l'argumentation qui vient d'être développée, il a été surtout fait référence aux chars. Sans développer à mon tour ce sujet, je voudrais rappeler, en complément de l'information donnée à ce conseil par le représentant du groupe écologique qui citait un général allemand, que d'autres aussi ont développé de telles idées et que la validité de ce type d'armement est contestée par des militaires français par exemple. Le général Etienne Copel disait dans un interview que, face aux armes anti-chars modernes, le char d'assaut n'a pas d'avenir. Il poursuivait en disant: «De même, la défense aérienne sera bientôt mieux assurée par des missiles sol-air qu'avec des avions de combat». Sur ce simple argument, le Conseil national, s'il veut rester conséquent avec lui-même, devrait renvoyer le projet d'armement pour examen. Il est en effet absurde de dépenser 2,4 millions supplémentaires par char face à de telles réalités. Mais il est vrai que pour le Conseil fédéral, comme cela a été dit à plusieurs reprises, l'argument principal en faveur du char est économique et non stratégique.

De plus, il s'agit aussi de savoir si le Conseil national sera conséquent avec lui-même au nom des économies qu'il prône dans quasiment tous les secteurs d'activités, de collectivités publiques, ce que l'on verra à propos du prochain budget. Si tout le monde parle économie sauf le Département militaire fédéral – et pourtant, là aussi il y a un problème important au niveau des priorités de défense dans ce programme – il est, à mon avis, absurde de poursuivre dans cette voie, les arguments développés concernant l'aide à l'industrie et les parts adjudgées en Suisse ou à l'extérieur n'étant pas des arguments valables pour développer un tel programme d'armement.

Fait supplémentaire – et c'est mon argument principal: c'est que du point de vue de la situation actuelle du développement des armées, tout le monde semble parler paix et désarmement, sauf le Département militaire fédéral. Or, précisément, l'évolution de ces derniers temps démontre que la logique selon laquelle la préparation à la guerre et l'armement serait la meilleure garantie de paix est devenue un non-sens. D'autres s'en sont rendu compte et ont amorcé un tournant important en faisant les premiers pas en faveur du désarmement. Certainement que dans la situation actuelle – ce n'est même pas la peine de rappeler cette évidence – la meilleure garantie de notre indépendance est une paix stable, un niveau d'armement le plus faible possible en Europe ainsi que dans le monde. A mon avis donc, la première tâche de notre gouvernement n'est pas de se lancer dans un tel programme d'armement stérile, mais de développer et de favoriser la lutte pour la paix.

Effectivement, il y a eu, au cours de ces derniers temps, d'importants changements au niveau des mentalités; il s'agit donc d'entrer dans ce processus. Il est moins sûr que jamais que la défense de notre neutralité, l'indépendance de notre pays soit mieux assurée par de tels programmes d'armement, par des armes toujours plus sophistiquées qui n'ont, en définitive, leur justification que dans l'intégration d'un traité comme l'OTAN. Elles provoquent au surplus, comme inconvénient supplémentaire, un écart grandissant entre le citoyen soldat et l'armée: des armes plus sophistiquées sont plus difficiles à gérer. Si cet écart grandit au niveau de la

pratique militaire, il grandit aussi du point de vue du coût de cet armement et de l'acceptation par la population de développer un tel programme d'armement.

Voilà donc, à mon avis, suffisamment d'arguments pour retourner ce programme au Conseil fédéral et lui demander de revoir sa politique en la matière.

Braunschweig: Ich hätte Lust, mich mit Herrn Hans-Rudolf Feigenwinter auseinanderzusetzen, aber leider ist er nicht in Saal. So beschränke ich mich darauf, seine Ideen zu diskutieren. Jetzt kommt er! Es gibt also doch noch eine Debatte und nicht nur ein Ritual, wie es leider üblicherweise zu einer Militär-Vorlage gehört.

Herr Feigenwinter sagte – er hat als Ausnahmeerscheinung den rein militärtechnischen Bereich glücklicherweise verlassen –, die aktuelle Bedrohung sei zu einer potentiellen Bedrohung geworden. Ich hätte gerne gehört, wann dies geschehen sei und wie sich diese Veränderung im vorliegenden Rüstungsprogramm auswirkt, das in einer Zeit der aktuellen Bedrohung konzipiert worden ist.

In den letzten Jahren hat sich Etliches verändert, aber das Rüstungsprogramm wird uns unverändert vorgelegt. Auch der Kommissionspräsident hat es bedauerlicherweise nicht für nötig gehalten, auf diese Frage einzutreten. Diese Ausklammerung hat diese im allgemeinen recht langweilige Debatte verursacht.

Eine zweite Frage an Herrn Feigenwinter. Er sagte: «Wir wollen» – da kann ich ihm auf den ersten Blick folgen – «die Aggressionsfähigkeit abbauen, aber die Verteidigungsfähigkeit erhalten.» Das ist eine gute und schon sehr alte Idee, aber in der Praxis nur schwer realisierbar.

1. Wie kann man feststellen, was militärtechnologisch und organisatorisch Aggressionsfähigkeit ist und was Verteidigungsfähigkeit? Darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Nehmen Sie als Beispiel die amerikanische Eingreiftruppe, die von den Amerikanern als Instrument zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit verstanden wird. Aber von jenen, die möglicherweise von ihr betroffen sein werden, ist sie Ausdruck der Aggressionsfähigkeit. Der selbe Zwiespalt gilt für viele anderen Waffen und Waffensysteme, nicht zuletzt auch für die neuesten Panzer oder Kampfflugzeuge der Schweizer Armee.

2. Es gibt kaum einen Staat in dieser Welt – zum Glück –, der sagt: wir wünschen mehr Aggressionsfähigkeit. Alle Staaten – Weltmächte, Mittel- und Kleinstaaten – sagen, dass sie nur für die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit aufrüsten.

3. Wenn schon Ausdrücke wie Verteidigungsfähigkeit und Angriffsfähigkeit gebraucht werden, dann sollte man differenzieren. Eine bundesrätliche Botschaft, die nicht rein militärtechnisch formuliert ist, würde auch Fragen beantworten wie: Was heisst Aggressionsfähigkeit für eine Weltmacht? Was bedeutet sie für einen Mittelstaat oder für einen Kleinstaat? Was heisst Verteidigungsfähigkeit? Wenn man solche Worte gebraucht, ohne zu differenzieren, werden sie zu Schlagworten.

Verteidigungsfähigkeit und Aggressionsfähigkeit stehen in einer Beziehung zueinander. Wir bezeichnen sie sehr häufig als Spirale. Der eine beschliesst einen Aufrüstungsschritt – angeblich für seine Verteidigung –, der andere fürchtet sich und erhöht ebenfalls seine Verteidigungsbereitschaft. Der erste findet aber, das sei Erhöhung des Aggressionspotentials, und schon kommt die Rüstungsspirale in Bewegung. Wie können wir diese Rüstungsspirale dämpfen? Das ist die Frage. Wir hätten in den letzten zwei Jahren etliche Möglichkeiten gehabt, aktiv zu werden. Es ist sehr traurig, dass wir auch künftig so wenig tun wollen: beim Rüstungsprogramm 88 überhaupt nichts.

In einem Punkt bin ich mit Herrn Feigenwinter einverstanden: dass es zu Rüstungsbeschränkungen in bescheidenem Masse gekommen ist, ist zur Hauptsache eine wirtschaftliche und nicht eine moralische Frage. Immerhin habe ich die Hoffnung, dass die Moral, der wir uns alle verpflichtet fühlen, im politischen Bereich auch einen kleinen Spielraum hat. Aber ich anerkenne die Priorität der materiellen Ursachen zur Begründung der eingetretenen Stabilisierung.

4. Herr Feigenwinter, Sie haben einen Rösslisprung rückwärts getan, als Sie sagten, wir in der Schweiz könnten ohne weiteres unseren militärischen Verpflichtungen nachkommen und auch den Umweltproblemen gerecht werden, wie wir auch alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen und die Aufgaben aller Forschungsbereiche erfüllen könnten. Wie sollte ausgerechnet ein Kleinstaat es können, wenn Weltmächte dazu nicht mehr imstande sind! Das ist und bleibt ein Widerspruch!

Entwaffnend war die Offenheit von Herrn Hans Ulrich Graf. Er hat glücklicherweise wegen der hohen Kosten von 2,2 Milliarden Franken ein schlechtes Gewissen und die Kosten damit gerechtfertigt, dass die Hälfte davon beschäftigungswirksam eingesetzt werden könnte. Daraus ersehen wir: Das Rüstungsprogramm ist mindestens zum Teil nicht eine Funktion der tatsächlichen Bedrohung, sondern Ausfluss der wirtschaftlichen Bedürfnisse. Es geht nicht nur um unseren gemeinsamen Schutz, sondern um Vorteile einzelner. Einem solch zwiespältigen Rüstungsprogramm kann ich nicht zustimmen.

Widmer: Nachdem der Sprecher der ablehnenden Minderheit zu diesem Geschäft mehrfach aus dem seinerzeitigen Bericht zitiert hat, der im Jahr 1979 von der Militärkommission an das Plenum gerichtet worden war, wurde ich von verschiedenen Seiten aufgefordert, zu diesem speziellen Punkt dieser Diskussion Stellung zu nehmen. Es geschieht dies aus dem einfachen Grund, weil ich damals Präsident der Untersuchungskommission war, die sich mit den Mängeln des Panzers 68 beschäftigen musste.

Ich will in keiner Weise eine Verteidigungsrede auf den Panzer 68 halten. Die Mängel sind allen, die sich damit beschäftigt hatten, wahrscheinlich heute noch geläufig. Ich beschränke mich darauf, in Erinnerung zu rufen, was man damals in diesem Rat gedacht, und vor allem, was man in Aussicht genommen hat. Damit das klar und unbestreitbar bleibt, zitiere ich aus dem Bericht, den die damalige Militärkommission – gestützt auf die Untersuchungskommission – an den Nationalrat gerichtet hat. Auf Seite 54 ist die Rede von der Kampfkraftsteigerung des Panzers 68. Unter dem Programm für die Kampfkraftsteigerung ist der wichtigste Punkt der Einbau einer Feuerleitanlage, welche die Trefferwahrscheinlichkeit des Panzers 68 verbessert. Bei den Beschlüssen, die man dem Plenum unterbreitete, gibt es eine Ziffer 4, die lautet (S. 64 des Berichts): Es wird gefordert: ein Programm zur Steigerung der Kampfkraft des Panzers 68; das ist so rasch als möglich in ein Rüstungsprogramm aufzunehmen. Begründung: Infolge der Mängelbehebung wurde die Kampfkraftsteigerung vernachlässigt. Das militärische Bedürfnis für Verbesserungen ist unbestritten.

Das hat damals diese Untersuchungskommission zuhanden der Militärkommission formuliert, und die Militärkommission hat Ihnen das unterbreitet. Der Nationalrat hat das einstimmig genehmigt. Um es noch deutlicher zu sagen: auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion. Mit anderen Worten: die Vorlage, die Ihnen jetzt unterbreitet wird, entspricht wörtlich ganz genau dem, was Sie im Jahre 1979 bei diesem damals sehr umstrittenen Geschäft Panzer 68 beschlossen haben. Insofern ist es nicht empfehlenswert, sich bei einem Ablehnungsantrag auf diese damaligen Empfehlungen zu stützen.

Nachdem es der Zufall will, dass ich gerade nach Herrn Braunschweig spreche, gebe ich eine kurze Replik auf seine Überlegungen. Er hat unter anderen die Frage gestellt, wie wir auf die total veränderte weltpolitische Lage reagieren, nachdem offenbar in der Schweiz mit grosser Mehrheit die Auffassung bestehe, die militärische Bedrohung habe rapid abgenommen. Er bedauert, dass auf diesen grossen Wandel nicht Bezug genommen wird.

Ich kann Ihnen eine Antwort geben. Die Reaktion auf einen solchen Wandel ist immer die gleiche. Das hatten wir während der zwanziger Jahre bis zum Jahre 1935 – um ganz genau zu sein – und auch vor dem Ersten Weltkrieg. Immer, wenn im Schweizervolk das Gefühl stärker wird, man sei

nicht mehr so unbedingt bedröhrt, dann lassen in Teilen der Bevölkerung die Anstrengungen zugunsten der Landesverteidigung nach. Das ist Realität. Wir werden das – man muss gar kein Prophet sein – in den nächsten Jahren in der Schweiz auch wieder erfahren.

Wenn das Land überleben will, wird entscheidend sein, ob es eine genügend grosse Gruppe in diesem Land gibt, die sich auch dann für die Landesverteidigung einsetzt, wenn das unpopulär wird. Das ist die Auseinandersetzung, die uns bevorsteht.

Herr Braunschweig, man kann auf Ihre Frage eine ganz klare Antwort geben. Es wird die Auseinandersetzung der nächsten Jahre sein, es sei denn, die allgemeine Beurteilung der weltpolitischen Lage würde sich wieder ändern.

M. Aguet: J'aurais espéré que le Parlement sortirait du schéma par trop classique: «Ceux qui disent oui au militaire sont des bons Suisses et ceux qui visent à limiter ses dépenses souvent démesurées sont de mauvais Suisses». Nous constatons que mise à part l'année 1984, lorsque les autorités fédérales ont décidé d'acheter les chars Leopard, nos dépenses relatives aux programmes successifs d'armement ont toujours été contenues dans des limites déjà très larges mais tout de même limitées par rapport au projet qui nous occupe en ce moment. En 1980, par exemple, on nous proposait de dépenser un milliard 55 millions, en 1981 un milliard 494 millions, en 1986 un milliard 515 millions, en 1987 un milliard 842 millions, et l'on avait de «bonnes années», si j'ose dire, en 1983, avec 961 millions et en 1985 657 millions. On nous propose aujourd'hui de dépasser les deux milliards, c'est une progression très sensible.

Est-ce parce que les responsables de notre défense savent que vous êtes nombreux à craindre d'être taxés de mauvais Suisses, ou qu'il est judicieux de demander beaucoup pour obtenir le plus possible, est-ce parce que l'effet statistique, l'addition de nos chars, de nos avions, de nos obusiers, etc., va impressionner les états-majors étrangers? Je l'ignore. La tension internationale diminue, on l'a dit à plusieurs reprises au cours de ce débat, et nous devons en tenir compte contrairement à l'avis du préopinant.

La crédibilité de la Suisse dans le concert des nations, la crédibilité d'une Suisse qui deviendrait enfin raisonnable dans ses dépenses militaires, est tout aussi importante à mon avis que la relative nouvelle crédibilité de 195 chars 68 souvent considérés comme des casseroles dangereuses non pas pour les étrangers, pour d'éventuels assaillants de la Suisse, mais pour nos seuls soldats.

Notre devoir est de participer à la diminution des arsenaux du monde et d'aider à la détente internationale. C'est aussi une vision à long terme, Monsieur Kohler! Voulons-nous passer pour une nation belliqueuse ou peureuse? La presse romande s'est beaucoup émue ces derniers temps de ce programme démesuré. Il me plaît de lire ici des chiffres qui ont été publiés il y a 11 mois déjà, sous la signature d'un journaliste parlementaire, M. Barrelet, qui faisait les calculs suivants: «La Suisse a deux fois plus de soldats par kilomètre carré que la Hollande et l'Allemagne de l'Est, trois fois plus que l'Allemagne de l'Ouest, quatre fois plus que l'Italie, cinq fois plus que l'Autriche, sept fois plus que la France. Par rapport à sa superficie, la Suisse bat également tous les records en matière de chars. Elle en possède deux fois plus que la Belgique, quatre fois plus que l'Italie, dix fois plus que l'Autriche et la France. Si la Hollande, l'Allemagne de l'Est et la Tchécoslovaquie ont respectivement 25, 27 et 28 chars pour 1000 kilomètres carrés, la Suisse avec ses 20,4 chars reste la plus forte, lorsqu'on se souvient que la moitié de son territoire au moins ne se prête pas à l'évolution des blindés.» Je cite encore le paragraphe suivant: «Aucun pays du monde n'a autant d'avions de combat pour 1000 kilomètres carrés que nous: deux fois plus que l'une et l'autre des Allemagne, sept fois plus que la France et l'Italie, 18 fois plus que l'Autriche. Aucun pays au monde n'a autant d'obusiers: trois fois plus que la Hollande ou la Belgique, quatre fois

plus que l'Allemagne de l'Est ou la Tchécoslovaquie, sept fois plus que l'Allemagne de l'Ouest, neuf fois plus que l'Italie, trente fois plus que la France.»

Il est temps que ces réalités soient prises en compte par les autorités fédérales. Ces chiffres et affirmations ne sont pas des calculs d'antimilitaristes, ils sont confirmés par le colonel Dominique Brunner qui assure: «Nous n'avons jamais été aussi forts», ou par le Groupement de l'état-major général qui affirme pour sa part: «Notre densité militaire est de beaucoup la plus forte en Europe et par rapport à la petitesse de notre pays, nous possédons un nombre impressionnant de chars, d'avions et de pièces d'artillerie.» Les chiffres nous le prouvent.

La proposition des socialistes de la Commission ces affaires militaires – et je précise qu'ils ne sont pas seuls puisque un des membres de la commission appartenant au groupe écologiste a appuyé cette proposition minoritaire – se base sur des raisons techniques. M. Hubacher vous l'a indiqué d'une manière précise. Elle représente à mon sens un avantage supplémentaire, elle ramène à un montant un peu plus raisonnable les dépenses prévues pour notre défense nationale.

Il ne convient pas seulement de dire «Diminuons les dépenses militaires», encore faut-il faire des choix. Les militaires ont fait leur choix et leur devoir et le Conseil fédéral aussi. Il convient maintenant de faire un choix à notre niveau, il convient de faire notre devoir. Et notre devoir est maintenant clair, nous devons diminuer ces dépenses démesurées, une opportunité se présente, ces boîtes de conserve que sont les chars 68 ne méritent pas qu'on investisse encore un demi-milliard sur eux. Je vous prie par conséquent de suivre la proposition de la minorité.

Zwingli: Der Panzer 68 zeigte, dass die Schaffung eines so anspruchsvollen Waffensystems schwierig ist und dass mit Mängeln oder sogar mit schwerwiegenden Fehlern gerechnet werden musste. Der Panzer 68 hat seine Jugendjahre und seine Kinderkrankheiten hinter sich. Es wurden wesentliche Verbesserungen erreicht. Ich verweise auf das Fahrwerk, auf den Geschützturm usw. Heute haben wir über eine weitere entscheidende Nachrüstung zu befinden. Es geht um ein neues Zielsystem, das die Vorbereitungszeit zum Schiessen wesentlich verkürzt und die Ersttrefferwahrscheinlichkeit entsprechend erhöht.

Reden Sie einmal mit Wehrmännern, die an Vergleichsschiessen zwischen Leo 2 und den Prototypen des nachgerüsteten Panzers 68 beteiligt waren. Diese Wehrmänner machen sich nun einen Sport, mit dem nachgerüsteten Panzer 68 ebenso rasch und treffsicher zu schießen wie mit dem Leopard 2. Das ist wesentlich für die Kriegstauglichkeit dieses Fahrzeugs.

Es muss meines Erachtens ein weiterer Gesichtspunkt mitberücksichtigt werden. Für die Lizenzproduktion des Leo 2 in der Schweiz sind zahlreiche Unternehmungen vor schwierige Aufgaben gestellt worden. Es ging einmal um den Erwerb der notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten, und dann um die perfekte Kopie des Vorbildes. Offenbar verbanden viele Unternehmen diese Aufgaben am Leo 2 mit eigentlichen Weiterentwicklungen, die nun zu diesem neuen Zielgerät für den Panzer 68 führten. Dadurch wird der Panzer 68, was Raschheit und Genauigkeit beim Schiessen anbelangt, zu einem zeitgemässen Waffensystem.

Aus diesen Entwicklungen sind auch zahlreiche zivile Produkte zu erwarten. An diesem Nachrüstungsprojekt sind massgebende Firmen in unserer Grenzregion im äussersten Osten – um nicht zu sagen im fernen Osten – unseres Landes beteiligt. Uns kann und darf nicht gleichgültig sein, ob Hunderte von Arbeitsplätzen in unserer Region erhalten werden können oder nicht. Mich erstaunt offen gestanden, dass ausgerechnet Vertreter der Arbeitnehmer diesem Aspekt so geringe Bedeutung zumessen.

Ich bitte Sie, auch diesem Teil des Rüstungsprogrammes 1988 zuzustimmen.

Hess Peter: Gestatten Sie mir, dass ich mich mit zwei Argumenten im Votum von Herrn Hubacher auseinandersetze.

Erstens möchte ich die Behauptung, dass wir erst aufgrund des Minderheitsantrages von Herrn Hubacher überhaupt diese Rüstungsvorlage geprüft hätten, in aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir übrigen Mitglieder der Militärkommission, aber auch alle Parlamentarier, nehmen für uns in Anspruch, dass wir jede Vorlage, auch militärische Vorlagen, sorgfältig und eingehend prüfen. Ich frage mich, ob Herr Hubacher überhaupt zu dieser kritischen Unterstellung legitimiert ist, wenn er für sich herausnimmt, an der Vorführung des kampfwertgesteigerten Panzers 68 im Hinterhain nicht teilzunehmen, und das mit der Entschuldigung abtut, das sei ja sowieso nur eine Show gewesen.

Zweitens: Herr Hubacher sagt, die 472 Millionen Franken könnten effizienter eingesetzt werden. Ich bin selber als Panzersoldat ausgebildet und 1979 auf den Panzer 68 umgeschult worden. Ich kann daher für mich in Anspruch nehmen, aus persönlicher Erfahrung zur Frage der Berechtigung der Kampfwertsteigerung Stellung zu nehmen. Ich möchte hier auf folgende Punkte hinweisen.

Wir werden uns in den nächsten Jahren noch öfters mit Kampfwertsteigerungsmassnahmen auseinandersetzen haben. Angesichts der heute aktuellen Technologiesprünge ist es durchaus gegeben, dass wir uns vor allem bei Munitionsfragen, aber auch bei Waffen vermehrt mit heute auf dem Markt verfügbaren Mitteln eindecken und dann sofort zu Kampfwertsteigerungsmassnahmen schreiten, um mit der Entwicklung Schritt zu halten.

Es ist sodann in der Schweiz üblich, dass Kriegsmaterial normalerweise während mindestens 30 Jahren, also mehr als eine Generation, eingesetzt werden muss. In diesem Sinne erfüllt auch der Panzer 68 als Gegenschlagspanzer in den Felddivisionen eine wichtige Funktion.

Die Kampfwertsteigerung des Panzers 68 ist effizient. Der Panzer 68 ist eine wirkungsvolle Waffe – dank einer leistungsfähigen Kanone mit modernster Pfeilmunition. Wir müssen zudem berücksichtigen, dass in allen ausländischen Armeen nach wie vor eine Mehrzahl von Panzern aus den sechziger und siebziger Jahren eingesetzt sind. Diesen ausländischen Panzern ist der kampfwertgesteigerte Panzer 68 durchaus ebenbürtig. Was bringt uns diese Kampfwertsteigerung? Es ist gesagt worden: eine markante Steigerung der Feuergeschwindigkeit und der Ersttrefferwahrscheinlichkeit. Zudem werden zwei alte Mängel behoben, nämlich die Problematik der Feuerunterdrückung bei einem Treffer und des AC-Schutzes. Wenn wir dieser Kampfwertsteigerung zustimmen, schaffen wir einen Ausgleich für die im Vergleich zu modernsten Panzern – das sei zugegeben – nicht mehr optimale Beweglichkeit und Panzerung, und es gelingt uns, mit einem Teilaufwand ein Kampfgerät wieder auf den modernsten Stand zu bringen und damit für die nächsten 10 bis 20 Jahre einsatzbereit zu halten.

Ich empfehle Ihnen daher, den Antrag Hubacher abzulehnen.

Cincera: Herr Hubacher, Sie leiteten Ihren Antrag mit der Bemerkung ein, es sei in diesem Parlament ungewöhnlich oder sozusagen unstatthaft, Rückweisungsanträge zum Rüstungsprogramm zu stellen. Das Gegenteil ist der Fall! Niemand spricht Ihnen dieses Recht ab, und wir hätten es sogar als ungewöhnlich empfunden, wenn Sie es nicht getan hätten. Ebenfalls gewöhnlich und statthaft ist es aber auch, Ihrem Antrag nicht zu folgen.

Immerhin – jetzt wende ich mich an Herrn Stappung – beweist allein schon diese Debatte, dass die Armee auch in diesem Parlament keine heilige Kuh ist und solche Schlagworte zur Terminologie von vorgestern gehören. Nachrüstung ist ein allgemein praktiziertes Verfahren, um bestimmte Rüstungsgüter neuen Forderungen anzupassen. Auch im Ausland betreffen die häufigsten Kampfwertsteigerungen an Panzern genau den Bereich, den wir mit dem beantragten Kredit modernisieren wollen, die Feuerleitanlagen. In der UdSSR ebenso wie in den USA, in der Bundesre-

publik Deutschland wie in Israel, in der Tschechoslowakei genauso wie in Spanien, Aegypten und weiteren Ländern werden mit solchen Programmen Geldmittel gespart, um zahlenmässig die notwendigen Bestände an Panzern zu sichern.

Der Panzer 68 erhält mit dem neuen Feuerleitsystem, das demjenigen des Leo entspricht und sogar in der Technologie etwas fortgeschrittener und moderner ist, genau jene Kampfwertsteigerung, die nötig ist, denn vor allem die Geschwindigkeit in der Feuerleitung gibt den Ausschlag für den Kampfwert und das Ueberleben eines Panzers.

Einzelne Redner, wie zum Beispiel Herr Braunschweig, Herr Rebeaud und auch Herr Spielmann, begründen ihre Ablehnung mit dem Argument, dieses Rüstungsprogramm entspreche einer zukünftigen Sicherheitspolitik nicht, weil neue Konfliktformen die Notwendigkeit einer militärischen Abwehrbereitschaft mindestens in Frage stellen oder überflüssig machen. Sicherheitspolitische Massnahmen dürfen sich nicht an der kurzfristigen politischen Situation orientieren. Diese Lektion sollten wir aus der Geschichte gelernt haben und darum das eine tun und das andere nicht lassen. Die Kampfwertsteigerung des Panzer 68 ist technisch richtig, taktisch und sicherheitspolitisch ein Erfordernis und finanziell vernünftig. Es ist sparsamer, der Truppe 195 leistungsfähige Panzer 68 zur Verfügung zu stellen, als für das gleiche Geld 50 neue Leos – also rund viermal weniger Panzer – anzuschaffen.

Ich empfehle Ihnen deshalb, dem Rüstungsprogramm zuzustimmen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Wyss Paul, Berichterstatter: Sie haben verschiedene Ausführungen gehört, die bereits einen Vorgeschmack auf die Initiative «Schweiz ohne Armee» geben. Aus diesem Grunde werde ich nicht auf sie eingehen, dafür aber auf die Punkte, die wir in der Kommission besprochen haben.

Ich möchte zuerst zwei, drei kleinere Bemerkungen zu Geschäften machen, die am Rande vermerkt wurden, und dann noch kurz einige Ausführungen zum Panzer 68 anbringen.

Zum M-109: Die Kostenfrage, wie sie von Herrn Stappung aufgeworfen worden ist, ist auch in der Kommission besprochen worden. Wir haben verschiedene Zahlenbeispiele eingehend diskutiert. Es ist tatsächlich so, dass die Mehrkosten 55 Prozent betragen. Wenn wir bei Regierungsstellen eingekauft hätten, wären es 90 Prozent gewesen. Anträge sind nicht gestellt worden. Wir haben eine Zusatzdokumentation erhalten. Ich nehme an, dass Herr Bundesrat Koller noch kurz auf diese Frage eingehen wird.

Herr Wellauer hat die Fragen der Lärmemission und der Ausbildung auf dem Waffenplatz Frauenfeld angesprochen. Auch diese Frage ist in der Kommission eingehend besprochen worden. Die Frage der Simulatoren, die Frage aber auch des Ausbildungskonzeptes und vor allen Dingen der Anzahl der Schiesstage, die nicht erhöht werden darf, hat man uns in der Kommission bereits beantwortet. Sie haben aber noch zwei Fragen an Herrn Bundesrat Koller gestellt, die er sicher beantworten wird.

Zu den Ausführungen von Herrn Loretan muss ich keine Bemerkungen machen, weil es sich ja um eine Antwort des Bundesrates auf seine Interpellation handelt. Immerhin ist es doch interessant, festzuhalten, dass wir als Militärkommission die beiden Typen angesehen hatten. An der Militärkommissionssitzung wurden keine Fragen gestellt, d. h. das Problem wurde nicht diskutiert, sondern diesem Kredit zugestimmt. Dies noch als Erklärung zur Kommissionsarbeit.

Zum Panzer 68: Herr Hubacher hat in gewohnt eloquenter Weise und noch ausführlicher als in der Kommission seine Argumente – meistens natürlich aus bürgerlichen Quellen – dargelegt. Er hat von der parlamentarischen Sorgfaltspflicht gesprochen. Dazu möchte ich mit aller Deutlichkeit festhalten – auch zuhänden meiner Kollegen aller Parteien in der Militärkommission –, dass ich nie festgestellt habe, dass die Sorgfaltspflicht nicht erfüllt worden wäre, auch nicht von den Beamten, die an den Kommissionssitzungen teilnah-

men. Nur arbeiten viele Parlamentarier vielleicht mit weniger Oeffentlichkeitsbezug, vertreten ihre Anliegen dann, wenn es die Sache erfordert. Wenn man das politisch anders machen will – dazu hat Herr Hubacher absolut das Recht –, macht man das, was er heute getan hat. Das ist unser demokratisches Prinzip. Aber ich bitte doch, die Frage der Sorgfaltspflicht und die Frage der Inkompetenz, wie das von Herr Rebeaud vorgeworfen wurde, nicht in eine sachliche Diskussion, wie sie bis jetzt geführt wurde, einzubringen. Soweit meine persönlichen Bemerkungen zur Problematik des Panzers 68.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Sozialdemokraten dem damaligen Antrag der Militärkommission, eine Kampfwertsteigerung des Panzers 68 durchzuführen, zugestimmt haben. Es hat jetzt etwas lange gedauert, bis die Vorlage ausgearbeitet und dem Parlament zur Beratung unterbreitet wurde.

Noch kurz zu den einzelnen Punkten. Die Militärausgaben sind im Jahresdurchschnitt um etwa 4,5 Prozent gestiegen und liegen damit unter dem Wachstum der Bundesausgaben. Herr Aguet, Sie müssen die Zahlen einmal kontrollieren. Sie sehen, dass das, was Sie hier ausgesagt haben, nicht ganz der Realität entspricht.

Der Panzerbestand wird gegen 1995 etwas abnehmen, weil auch der Panzer 61 gelegentlich aus den mechanisierten Verbänden ausgeschieden wird. Wie er verwendet wird, ob Geschütztürme damit gemacht werden können usw., ist noch nicht entschieden. Auf jeden Fall ist die Weiterverwendung noch offen. Wir werden dann etwa 360 Panzer Leopard 2 haben und 390 Panzer 68, wovon die Hälfte ebenfalls zu Gegenschlägen eingesetzt werden kann. Das entspricht der Einsatzdoktrin der Gegenschläge, die wir haben. Der nachgerüstete Panzer 68, den wir im Hinterrhein gesehen haben, kann gleich schnell schießen wie der Leopard, weil er eine moderne Feuerleitanlage hat. Denken Sie auch an die Soldaten, die in diesem Panzer sind, die einen besseren Schutz haben, schneller schießen können und ihren Auftrag eben richtig erfüllen können.

Das ist der entscheidende Punkt dieser Investition. Alle anderen Fragen gehören natürlich auch dazu, aber ich meine, daran müssen wir denken.

Es ist sinnvoll, und ich bin froh, dass Herr Hubacher die Frage des Rak-Rohrs aufgeworfen hat. Das Rak-Rohr ist sicher eine der Waffen, die wir unseren Soldaten so bald als möglich ersetzen müssen. Ich habe schon einleitend gesagt, dass man studiert, die Panzerfaust 3 anzuschaffen. Das muss evaluiert werden, und ich hoffe wirklich – das ist auch in der Militärkommission deutlich gesagt worden –, dass das nächste Rüstungsprogramm solche Aufwertungen der Kampfkraft für den einzelnen Soldaten, für den Infanteristen, bringt. Man hat der Infanterie schon viel geholfen mit dem Tow und mit dem Dragon. Nun muss man auch hier für den Soldaten raschmöglichst eine neue Panzerabwehrwaffe finden. Wir wissen alle, dass das schwierig ist. Ich habe auf die technischen Schwierigkeiten im Eintretensvotum hingewiesen.

M. Leuba, rapporteur: On a l'habitude de dire que tous les Suisses sont des spécialistes en matière scolaire parce qu'ils ont tous été à l'école. J'ai un peu l'impression que, dans cette salle, il y a beaucoup de spécialistes en matière stratégique ou en matière technique parce qu'ils ont été à l'école de recrues. C'est ce qui explique sans doute pourquoi seuls des hommes se sont exprimés dans ce débat. Je voudrais dire à M. Rebeaud – il est absent mais je le dis quand même – qu'effectivement je crois que le rôle de la Commission des affaires militaires n'est pas d'être spécialiste en matière stratégique ou technique. Nous devons nous demander si les questions posées l'ont été justement, et si les réponses données à ces questions sont des réponses correctes et convaincantes. C'est là, je crois, le rôle de l'homme politique et non pas de se plonger dans des considérations d'ordre stratégique ou technique.

Une des questions justement posées est de savoir si aujourd'hui le char 68 a éliminé les défauts qui avaient été

signalés ou du moins l'essentiel de ces défauts pour en faire un instrument de combat valable. La réponse a été parfaitement claire: oui, le char 68, aujourd'hui, est le char que nous aurions dû avoir plus tôt, c'est un char qui est parfaitement apte au combat.

Sur le plan des besoins, la question qui doit être posée est de savoir quels sont nos besoins. La réponse qui nous a été donnée est la suivante: nous avons besoin au sein de nos divisions de campagne d'un élément de riposte, du seul élément de riposte des divisions de campagne, c'est-à-dire d'un char moderne ou modernisé comme le char 68. Bien entendu, cela a été dit, le Leopard présente des qualités supérieures, mais nous devons en toutes circonstances faire une juste appréciation des éléments – il y a des éléments financiers, je l'ai indiqué dans le rapport, et aussi des éléments militaires – et cette appréciation a conduit à choisir une solution moins chère que la solution optimale du point de vue militaire, mais une solution acceptable du point de vue militaire et supportable du point de vue financier.

En écoutant M. Stappung, je me suis dit qu'il était vraiment difficile sur cette terre «de contenter tout le monde et son père». En effet, lorsqu'on fait un modèle de char suisse comme le char 68, on a toutes sortes de difficultés pour le mettre au point, et on demande pourquoi on veut absolument faire des prototypes en Suisse, mais lorsque l'on achète l'obusier blindé M 109 américain, on nous explique qu'on dépend exclusivement du fabricant américain et que nous sommes liés dans ces conditions au vendeur, ce qui est une situation très désagréable. Là aussi, il y a une question d'appréciation. Il y a certaines armes qui peuvent être développées dans le sens indiqué par M. Rebeaud pour augmenter la production intérieure et d'autres armes qu'il faut se procurer à l'étranger.

Je voudrais dire enfin à M. Aguet qu'on ne peut sans doute pas reprocher à un homme politique de ne pas prévoir ce qui va se passer dans cinq ou dix ans. En revanche, on peut lui reprocher de ne pas tirer les leçons du passé. J'avais un peu l'impression en vous écoutant, mon cher collègue, que nous étions dans les années 25-30 et que vous parliez exactement le même langage qu'ont dû tenir vos prédécesseurs à ce moment-là!

Bundesrat Koller: Erlauben Sie mir einige allgemeine Bemerkungen zum Rüstungsprogramm 88, bevor ich auf das vor allem umstrittene Geschäft der Kampfwertsteigerung des Panzers 68 näher eintrete.

Das Rüstungsprogramm 1988 ist die erste Beschaffungsvorlage im Rahmen des Ausbaus schritt 88/91, den wir den Militärkommissionen beider Räte ausführlich dargestellt haben.

Aufgrund einer sorgfältigen Analyse von Bedrohung und Umwelt legen wir in diesem Ausbaus schritt das Schwerk Gewicht auf Massnahmen zur Erhöhung unserer Bereitschaft, zur Verbesserung der Reaktionsfähigkeit und zur Bekämpfung der Gefahren der indirekten Kriegführung.

Bei der Bewaffnung und Ausrüstung stehen die Panzerabwehr der unteren taktischen Stufe – ich werde darauf zurückkommen –, die Kampfwertsteigerung des Panzers 68, die Modernisierung der Artillerie, die Verbesserung der Luftverteidigung durch leichte Flab-Lenk Waffen und neue Kampfflugzeuge, die Erhöhung der Lufttransportkapazität, die Verbesserung der Aufklärung und Führung sowie die Modernisierung der Kampfausrüstung und des C-Schutzes der Armeeangehörigen im Vordergrund.

Ich glaube, damit entspricht dieses Programm auch den Intentionen von Herrn Nationalrat Graf. Ich darf mir allerdings sagen, dass zwar der Ausbaus schritt 92/95 in Planung ist, aber selbstverständlich ist es mir hier nicht möglich, bereits Details über den genauen Inhalt dieses Ausbaus schrittes zu geben. Nur soviel: mit der Stinger, die wir Ihnen mit dem Rüstungsprogramm 89 vorlegen werden, wollen wir als erste Truppe die neuen Flughafenverbände ausrüsten. Nun haben verschiedene Votanten – die Herren Aguet, Braunschweig, Herzog, Spielmann – gesagt, sie würden

bei diesem Rüstungsprogramm 88 eine Berücksichtigung der veränderten internationalen Lage vermissen.

Sie kennen diesbezüglich die Stellungnahme des Bundesrates. Der Bundesrat hat das erste Abrüstungsabkommen als hoffnungsvollen abrüstungspolitischen Beginn bezeichnet. Unser Land ist bereit, alles ihm Mögliche zur weiteren Verbesserung der internationalen Lage beizutragen und auch unsere Guten Dienste im Bereiche der Abrüstung anzubieten.

Aber andererseits dürfen wir unsere militärische Landesverteidigung nicht allein auf Hoffnungen ausrichten, sondern wir müssen auf Fakten abstellen. Wenn Sie die neuesten Zahlen sehen, die die Nato dieser Tage über das Kräfteverhältnis in Europa herausgegeben hat, dann stellen Sie fest, dass sowohl auf Seiten der Nato wie der Wapa nach wie vor Millionen von Soldaten, Zehntausende von Kampfpanzern und Tausende von Kampfflugzeugen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft bereit stehen. Solange diese Bedrohungspotentiale in Europa bereit stehen, wäre es verantwortungslos, einseitig abzurüsten. Wir haben allen Grund, solange diese Bedrohungspotentiale bestehen – auf dem Gebiete der konventionellen Abrüstung sind ja bisher überhaupt noch keine Resultate erzielt worden –, an unserer langfristigen militärischen Planung festzuhalten.

Im übrigen wirft uns das ja auch niemand international vor, sondern internationale Abrüstungsexperten, Herr Braunschweig, wie etwa Egon Bahr, sagen, das Ziel künftiger konventioneller Abrüstungsbemühungen müsste sogenannte strukturelle Nichtangriffsfähigkeit sein.

Und wenn die beiden Militärböcke einmal keine Angriffsfähigkeit mehr hätten, wäre genau jener Zustand erreicht, den die Schweiz heute bereits habe. Das sage nicht ich Ihnen, Herr Braunschweig, sondern das sagt der Ihnen sicher sehr bekannte Experte Egon Bahr. Das ist der Grund, weshalb wir zum Schluss kommen, dass wir vorderhand keinerlei Anlass haben, im Bereich der konventionellen Bewaffnung an unserer reinen Verteidigungsarmee irgendwelche Abstriche vorzunehmen. Damit komme ich zum Problem der Militärausgaben.

Vor allem Herr Stappung hat einen eigentlichen Rundschlag gegen das Ausmass der Militärausgaben geführt und hat diesem Parlament vorgeworfen, es sei gegenüber den Militärausgaben überhaupt nicht kritisch, ganz anders als bei anderen Bundesausgaben. Wenn wir die Zahlen anschauen, stellen wir folgendes fest: Die Bundesausgaben haben sich seit dem Jahre 1960 wie folgt entwickelt: Die Ausgaben für die Landesverteidigung haben sich verfünffacht, diejenige für die Landwirtschaft versiebenfacht; die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland sind achtzehnmal grösser geworden, für die soziale Wohlfahrt ebenfalls achtzehnmal grösser, für Unterricht und Forschung 22mal und für den Verkehr 29mal mehr. Wenn man diese Zahlen sieht, widerspricht es den Fakten, wenn man immer wieder behauptet, die Militärausgaben würden nicht kritisch analysiert und man wäre ausschliesslich bei den Militärausgaben grosszügig. Ich habe nichts dagegen einzuwenden, dass sich die anderen Bundesausgaben derart entwickelt haben. Aber es geht nicht an, die Militärausgaben, die sich am wenigsten vermehrt haben, ständig gegen die anderen Bundesausgaben auszuspielen.

Im übrigen hält sich auch dieses Rüstungsprogramm 89 im Rahmen der Legislaturfinanzplanung. Erlauben Sie mir auch hierzu noch ein Wort, weil diesbezüglich in letzter Zeit auch einige Missverständnisse aufgekommen sind.

Wegen der Beschaffung des Leo im Jahre 1985 kam es in diesem Jahr zu einer Zahlungsspitze, die aber in den nachfolgenden Jahren kompensiert werden musste. Die Militärausgaben haben sich daher im Jahre 1986 absolut um 6,4 Prozent und im Jahre 1987 erneut um 1,9 Prozent zurückgebildet. Nun muss man kein Statistiker sein, um zu erkennen, dass nach solchen Rückbildungen, nach einem so tiefen Ausgangspunkt, die Vermehrungen in den nächsten Jahren rein prozentmässig natürlich wieder überproportional zunehmen. Auf diese Wellenbewegungen – also Zusatzfinanzierungen im einem Jahr, Kompensationen in

den anderen Jahren – kann aber nach Ansicht aller Experten vernünftigerweise nicht abgestellt werden. Bei der Beurteilung der Militärausgaben kann es allein auf die von diesen zufälligen Schwankungswerten bereinigten durchschnittlichen Wachstumsraten ankommen, und diese machen für die ganze Legislatur, wie wir das in den Regierungsrichtlinien und im Finanzplan bekannt gemacht haben, 4,5 Prozent aus, entwickeln sich also gegenüber den gesamten Bundesausgaben unterdurchschnittlich; denn die gesamten Bundesausgaben wachsen in dieser Zeitperiode bekanntlich um 5 Prozent.

Damit zur Kampfwertsteigerung des Panzers 68: Herr Hubacher hat seinen Ablehnungsantrag – wenn ich das richtig verstanden habe – vor allem mit dem doch eher populistischen Argument begründet, man müsste im Militär mehr sparen. Ich habe Ihnen das Verhältnis zwischen dem Wachstum der Militärausgaben und der anderen Ausgaben soeben dargelegt, und ich glaube, es hilft wenig weiter, wenn man diesbezüglich auf Univox-Umfragen abstellt. Es ist selbstverständlich, dass unsere Bürgerinnen und Bürger lieber dort vermehrte Bundesausgaben hätten, wo sie direkt profitieren können, wie bei AHV-Renten, als bei Ausgaben, die indirekt ihrer Sicherheit dienen, wie dem Militär.

Herr Hubacher und andere haben ihren Ablehnungsantrag vor allem mit einem Zitat von Bundesrat Celio aus dem Jahre 1969 begründet, wonach Herr Bundesrat Celio gesagt habe, diese Beschaffung des Panzers 68 sei keine «nécessité militaire», sondern allein eine «nécessité industrielle». Richtig ist, dass im damaligen Rüstungsprogramm die Beschaffung der Panzer 68 vorgezogen worden ist, weil man der ersten Beschaffung von Panzerhaubitzen ein Produkt im gleichen Rüstungsprogramm gegenüberstellen wollte, das in der Schweiz produziert werden konnte. Diese gegenüber der militärischen Planung vorgezogene Beschaffung der Panzer 68 hat sich dann auch nicht bewährt. Wir wissen alle, dass der Panzer 68 nachher tatsächlich – wahrscheinlich nicht zuletzt wegen dieses Vorziehens – Mängel aufgewiesen hat. Aber heute diese Mängel an die grosse Glocke zu hängen, ist weitgehend Geschichtsschreibung. Wie Ihnen Nationalrat Widmer, der damalige Präsident des Ausschusses der Militärkommission, welcher die Mängel am Panzer 68 abklärte, dargelegt hat, sind diese Mängel des Panzers 68 in den Jahren 1980 bis 1983 behoben worden, und zwar zur vollen Befriedigung sowohl der Truppe wie der Unterhaltsstellen. Die Zuverlässigkeit des Panzers 68 konnte im Rahmen dieses Mängelbehebungsprogramms verdoppelt werden und hat heute das vollständige Vertrauen unserer Panzertruppen. Wir beantragen Ihnen daher dieses Kampfwertsteigerungsprogramm aus zwei Gründen: Einmal deshalb, weil dieser Rat und die Militärkommission diese Kampfwertsteigerung des Panzers 68 selber klar verlangt haben, und zweitens, weil die Kampfwertsteigerung des Panzers 68 einem unbedingten militärischen Bedürfnis entspricht. Würden Sie nämlich dem Antrag auf Ablehnung der Kampfwertsteigerung des Panzers 68 zustimmen, dann wären die Panzer 68 in den neunziger Jahren nicht mehr gegenschlagsfähig. Das heisst, diese Panzer könnten nur noch aus vorbereiteten Stellungen und auf zum vorneherein ausgemessene Schussdistanzen eingesetzt werden. Zur Führung der Abwehr, d. h. also eines angriffs- oder gegenschlagsweise geführten Kampfes, wären sie nicht mehr tauglich. Damit wäre aber unsere Landesverteidigungskonzeption, wie wir sie im Jahre 1966 festgelegt haben, aus den Angeln gehoben.

Im übrigen muss ich Sie darauf hinweisen, dass solche Kampfwertsteigerungsprogramme von allen ausländischen Armeen an den Panzern der gleichen Generation ebenfalls durchgeführt werden. Als Beispiele darf ich Ihnen nennen: Die Bundesrepublik Deutschland und Holland führen solche Programme an ihren älteren Panzern, dem Leopard 1, die USA und Oesterreich an ihrem Modell M 60 und die Sowjetunion und viele Warschauer-Pakt-Staaten an ihren Modellen T-54 und T-62 durch.

Es ist nicht einzusehen, dass das, was selbst den Grossmächten recht und für sie eine unausweichliche Notwendig-

keit ist, nicht auch für den Kleinstaat Schweiz billig sein sollte.

Herr Hubacher hat vor allem geltend gemacht, man könnte das Geld, das für die Kampfwertsteigerung des Panzers 68 vorgesehen ist, militärisch gescheiter anderswo verwenden. Er hat uns vor allem den Vorwurf gemacht, wir vernachlässigten die infanteristische Panzerabwehr. Das widerspricht eindeutig den Fakten. Auf dem Gebiete der Panzerabwehr haben die eidgenössischen Räte in den letzten Jahren eine Mehrzahl von Verbesserungsprojekten bewilligt. Ich erinnere vor allem an die Beschaffung der Panzerabwehr-Lenk-waffen Dragon, dann an die Beschaffung des Panzerjägers Tow/Piranha.

Aber selbst beim Raketenrohr sind wir nicht untätig geblieben. Beim Raketenrohr haben wir nämlich vor allem eine sehr wirkungsvolle Verbesserung der Munition realisieren können. Die Munition des Raketenrohrs wurde mit Rüstungsprogramm 1982 in der Durchschlagsleistung um 38 Prozent verbessert.

Wir gedenken, Ihnen mit dem Rüstungsprogramm 1989 eine weitere Verbesserung der Munition des Raketenrohres zu unterbreiten, die einen Erfolg und eine Verbesserung der Durchschlagsleistung gegenüber der ursprünglichen Munition von 143 Prozent realisieren wird.

Was sodann das Raketenrohr betrifft, haben wir die Militärkommissionen darüber orientiert, dass wir hoffen, Ihnen noch in diesem Ausbauschnitt – wahrscheinlich mit dem Rüstungsprogramm 1991 – einen Ersatz für das Raketenrohr zur Beschaffung vorschlagen zu können. Zurzeit evaluieren wir diesbezüglich vor allem die deutsche Panzerfaust. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, den Ablehnungsantrag von Herrn Hubacher abzulehnen.

Erlauben Sie mir noch einige Worte zur Beschaffung von sechs neuen Panzerhaubitzeabteilungen: Entgegen unseren eigenen Erwartungen erweist sich die Panzerhaubitze M 109 auch in Zukunft als das Standardgeschütz mittlerer Reichweite unserer Artillerie. In unserer Armee wird die Panzerhaubitze dieses Typs weit über das Jahr 2000 hinaus das Rückgrat unserer Artillerie darstellen. Sie hat sich bewährt, und ihre Handhabung wird von der Truppe beherrscht. Dank ihres Kalibers sowie möglicher Steigerungen der Reichweite und der Feuerkraft der Geschosse, beispielsweise durch den Einsatz von Sprengmunition mit Annäherungszündern, Kanistermunition und sogenannt intelligenter Munition eignet sich die Panzerhaubitze M 109 auch in Zukunft zur Erfüllung der artilleristischen Aufgaben. Es war uns aber von Anfang an klar, dass wir Ihnen die Beschaffung dieser zusätzlichen Panzerhaubitzen nur beantragen dürfen, wenn auch die verschiedenen Probleme der Ausbildung an diesem Waffensystem gelöst werden können. Glücklicherweise ist das heute der Fall, indem wir ein neues Ausbildungskonzept geschaffen haben.

Die Grundausbildung der Rekruten und Kader der sechs neuen Formationen erfolgen auch in Zukunft auf den Artillerie-Waffenplätzen Bière und Frauenfeld. Während in Bière die Ausbildung ohne Vergrößerung der Zahl der Einheiten und ohne Erweiterung der Anlagen möglich ist, müssen auf dem Waffenplatz Frauenfeld eine zusätzliche Geschütz-batterie in den Sommerrekrutenschulen gebildet und Anlagen für die Ausbildung und Unterbringung gebaut werden. Aus baulichen und organisatorischen Gründen müssen die durch die Ausbildung einer zusätzlichen Geschütz-batterie erforderlichen Bauten mit den ohnehin notwendigen Unterkünften für die heute noch in der Stadtkaserne untergebrachten zwei Batterien zu einer Bauetappe zusammengefasst werden, was aus verschiedenen Gründen erst mit einer Baubotschaft 1991 möglich sein wird. Wir haben aber dem Kanton Thurgau und der Stadt Frauenfeld zugesichert – das ist auch die Antwort auf die Frage von Herrn Nationalrat Wellauer –, dass sich der Ausbildungs- und Schiessbetrieb im Rahmen der im Jahr 1980 vertraglich vereinbarten 80 Schiesshalbtage halten wird. Damit wir dies realisieren können, führen wir in Frauenfeld ein neues Fahrschulkonzept ein und werden auch neue Simulatoren einführen. Der

Bau einer entsprechenden Prototyp-Anlage ist für die Jahre 1989/90 vorgesehen.

Im übrigen haben wir zur Vermeidung von vermehrten Immissionen auch für die WK-Truppen ein neues Ausbildungskonzept geschaffen mit begrenzten WK-Schiesstagen und reduzierten WK-Munitionsdotationen. Die Wiederholungskurse werden künftig im Wechsel jedes zweite Jahr auf einem der beiden Waffenplätze Bière und Frauenfeld sowie in Bure stattfinden. Die dazwischen liegenden Wiederholungskurse erfolgen ausserhalb dieser Waffenplätze auf den bekannten Schiessplätzen im Alpenraum. Durch dieses neue Ausbildungskonzept sind vermehrte Immissionen ausgeschlossen. Freilich werden wir auch die Planungsfreiheit der Kommandanten entsprechend einschränken müssen. Schliesslich noch ein Wort zum Preis der Panzerhaubitzen. In bezug auf den Preis der Panzerhaubitzen haben wir von Anfang an die Mitarbeit der Eidgenössischen Finanzkontrolle anbegehrt, und es ist uns dank dieser Mitarbeit auch gelungen, den ursprünglich offerierten Preis um rund 4 Millionen Dollar zu senken. Ich darf Ihnen das Resultat des Berichtes der Eidgenössischen Finanzkontrolle vortragen: «Die definitiv ausgehandelte Vertragssumme von 87,6 Millionen Dollar liegt um 4 Millionen Dollar tiefer und darf als angemessen bezeichnet werden.»

Damit komme ich zur Beschaffung von 4100 geländegängigen Personenwagen Puch G. Der Grund, weshalb wir Ihnen im Beschaffungsantrag die Beschaffung von Puch G und nicht von Landrover empfehlen, liegt allein im Umstand, dass zum Zeitpunkt des Beschaffungsentscheides der Landrover, der Probleme mit dem Katalysator hatte, weder beschaffungsreif noch truppentauglich erklärt werden konnte. Es hätte zu einer Zeitverzögerung von mindestens zwei bis drei Jahren geführt, wenn wir nachträglich noch einmal einen mit einem anderen Katalysator ausgerüsteten Landrover in unsere Evaluation hätten einbeziehen wollen. In bezug auf die Preise, Herr Loretan, stimmt es zwar, dass der Puch G etwas teurer als der Landrover war. Berücksichtigt man jedoch die gesamten Lebensdauerkosten – also die Beschaffungskosten plus die Kosten für die Wartung und die geschätzten Reparaturkosten –, schneidet der von uns beantragte Puch G wiederum eindeutig besser ab. Im übrigen bin ich sicher mit Ihnen froh, dass wir mit dieser Beschaffung des Puch G als erste Armee der Welt einen geländegängigen Personenwagen mit Katalysator beschaffen und damit – auch das eine Antwort auf eine Bemerkung, wir hätten keinen Sinn für Umweltschutz – eine ungewalt-politische Pioniertat erbringen.

Abschliessend darf ich darauf hinweisen, dass sich das Rüstungsprogramm 1988 auch volkswirtschaftlich vorteilhaft präsentiert, werden doch über 80 Prozent davon im Inland beschäftigungswirksam, was über 12 000 Mannjahre ausmacht.

Aus all diesen Gründen ersuche ich Sie, auf das Rüstungsprogramm 1988 einzutreten und den Änderungsantrag von Herrn Hubacher abzulehnen.

Stappung: Man versucht mir von bundesrätlicher Seite zu unterstellen, ich operiere mit falschen Zahlen. Ich weise darauf hin, dass ich heute nichts anderes gesagt habe, als dass 20 Prozent unseres Budgets – also ein Fünftel – eine rechte Stange Geld bedeuten. Es sind nicht 20, sondern 19,9 Prozent. Ich habe hier ein Papier über die Verteidigungsausgaben von zehn europäischen Staaten: Schweden, die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich geben etwas mehr aus als die Schweiz (*Präsident:* Herr Stappung, das ist keine persönliche Erklärung, sondern ein Diskussionsvotum!), und lediglich – ich darf das jetzt noch sagen – die Bundesrepublik Deutschland ist mit 22,9 Prozent in den Verteidigungsausgaben höher als die Schweiz.

Hubacher: Wenn ich richtig zugehört habe, Herr Bundesrat Koller, haben Sie gesagt: Wenn der Antrag, Kampfwertsteigerung Panzer 68 nicht durchzuführen, angenommen

können nicht immer nur von regionalem Ausgleich reden. Der Bund muss dort, wo er selbst tätig wird, auch entsprechend handeln.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, meinen Antrag zu unterstützen, der die von Bundesrat Koller befürwortete Marschrichtung konkretisiert. Der Antrag verlangt nichts Unmögliches, sondern – wie der Antrag selber festhält – nur, dass der Bundesrat das Mögliche unternimmt.

M. Etique: J'appartiens à ceux qui sont préoccupés par l'objectif d'une répartition équitable des dépenses militaires et des commandes de l'armée entre les différentes régions du pays. J'avais fait part en particulier de cette préoccupation des régions périphériques lorsque nous avons adopté le programme d'acquisition du Leopard 2. Toutefois, je ne puis pas accepter la proposition de M. Bodenmann pour les raisons suivantes.

Premièrement, cette proposition me paraît imprécise. On veut choisir comme critère celui des charges militaires excessives supportées par certaines régions. Mais comment définir ce critère, comment faire la classification des régions en fonction de l'importance qualitative et quantitative des charges qu'elles supportent au titre de l'armée? Deuxièmement, il me semble que ce n'est pas dans le cadre d'un tel programme d'armement qu'il s'agit de définir ou de redéfinir la politique d'armement et d'acquisition du Département militaire fédéral. C'est une conception d'ensemble qu'il s'agit de mettre en place et qui a d'ailleurs déjà été clairement définie par le Département et par le Groupement de l'armement. Troisièmement, le critère adopté me paraît parfaitement critiquable: ce à quoi nous devons tendre, c'est à une répartition équitable des commandes militaires entre les régions linguistiques du pays, qui se fasse plus en faveur des régions périphériques et en particulier des régions dont l'économie est encore menacée dans une certaine mesure. Je sais gré au Département militaire fédéral d'être conscient de ces impératifs pour ces régions et, plutôt que de suivre des propositions de ce type, je l'invite à poursuivre résolument la politique qu'il a mise sur pied notamment à l'occasion du Leopard 2, s'agissant de la répartition des commandes entre les régions.

Wyss Paul, Berichterstatter: Diese Frage ist in der Kommission nicht behandelt worden. Deshalb meine ich, dass man dem Antrag nicht zustimmen kann. Es gibt aber auch noch materielle Gründe, die ich unterstreichen möchte. Sie sind von Herrn Etique dargelegt worden.

Ich bitte Sie, Herr Bodenmann, die Mitglieder Ihrer Fraktion in der Militärkommission auf Ihre Anliegen hinzuweisen. Ich bestreite Ihre Anliegen materiell nicht, wohl aber das Vorgehen.

M. Leuba, rapporteur: Effectivement, cette question n'a pas été discutée en commission. J'aimerais partir dès lors de l'idée que c'est le texte du Conseil fédéral qui a été approuvé par la commission. Me référant aux remarques faites par M. Etique, je dit simplement que, sur le principe, M. Bodenmann a raison: la tâche permanente du Conseil fédéral doit être de répartir les commandes. Il est vrai pourtant que certaines régions de la Suisse – on a cité les Grisons, on peut citer la Suisse romande en général – sont en dessous de leur quota fixé proportionnellement à la population. A cet égard, nous sommes intervenus et nous interviendrons encore auprès du Département militaire fédéral pour que l'on prenne mieux en compte les régions périphériques et les régions minoritaires, le président nouvellement élu du Conseil national l'a rappelé dans son discours présidentiel. J'aimerais dire en revanche que l'amendement Bodenmann me paraît difficilement acceptable pour un motif supplémentaire. On parle de surcharge excessive – «übermässige» en allemand – c'est un concept juridique pour le moins indéterminé. Qu'est-ce qu'une surcharge excessive pour une région? Je crois que là, suivant la sensibilité de chaque personne, elle sera excessive ou non. De toute manière, il me semble que c'est un mauvais critère.

Bundesrat Koller: Der Antrag von Herrn Nationalrat Bodenmann, wonach im Rahmen des Möglichen jene Regionen bei der Beschaffung des Rüstungsmaterials vermehrt berücksichtigt werden sollen, die eine übermässige Militärpräsenz aufweisen, rennt an sich offene Türen ein, denn das ist bereits unsere Praxis und nicht nur unser Lippenbekenntnis. Ich zeige Ihnen das an einem konkreten Beispiel, Herr Bodenmann.

Im Rahmen des Rüstungsprogramms, das Sie soeben bewilligt haben, wird die Vergabe der Lizenzfabrikation der Panzerabwehrminen an die Tavoro Genf gehen, und die Tavoro Genf hat uns zugesichert, dass sie diese Arbeit in ihrem Betrieb in Sitten durchführen lassen wird, was immerhin im Wallis für 30 Personen für fünf Jahre Arbeitsplätze schafft. Im übrigen sind wir zurzeit in meinem Département daran, unter dem Kennwort Koberio 3 eine grundsätzliche Studie über Nutzen und Lasten der EMD-Aktivitäten zu erarbeiten. Die Pilotstudie für dieses allgemeine Problem führen wir, Herr Bodenmann, wie Sie sicher wissen, auch wiederum in Ihrem Kanton Wallis durch.

Es schiene mir daher verfehlt, eine solche Bestimmung in diesen Bundesbeschluss aufzunehmen. Im übrigen aber scheint mir dieser Antrag auch deswegen nicht gerechtfertigt, weil er nämlich praktisch keinen normativen Gehalt aufweist. Es ändert sich in der Praxis überhaupt nichts, denn im Rahmen des Möglichen berücksichtigen wir die Regionalpolitik heute schon. Es wäre für beide Räte viel besser, wenn sie die Ausarbeitung dieser Grundlagenstudie Koberio 3 abwarten würden. Dann werden wir nämlich auch zu entscheiden haben – werden Sie vor allem zu entscheiden haben –, ob wir bei der Rüstungsbeschaffung alles dem Wirtschaftlichkeitsprinzip unterordnen müssen oder ob die eidgenössischen Räte für solche regionalpolitische Ziele allenfalls auch zusätzliche Kosten in Kauf nehmen wollen, wie das heute etwa bei der Lizenzfabrikation der Fall ist. Entsprechende Anträge werden wir Ihnen aber erst nach Abschluss dieser Grundlagenstudie unterbreiten können. Aus diesen beiden Gründen – erstens, um kein Präjudiz zu schaffen, und zweitens, weil diese Bestimmung überhaupt keinen normativen Gehalt hätte – beantrage ich Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Bodenmann	3 Stimmen
Dagegen	90 Stimmen

Art. 2 und 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 et 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	106 Stimmen
Dagegen	16 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Rüstungsprogramm 1988

Programme d'armement 1988

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.015
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.11.1988 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1557-1576
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 902

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.